

Volksmacht

für Schlessien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werkhätige Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Die „Volksmacht“ erscheint täglich Nachmittags außer Sonntag und ist durch die Expedition, Neue Wapenstraße 5/6, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich Mf. 2,50, pro Woche 20 Pf., Postzeitungsliste Nr. 799a.

Insertionsgebühren betragen für die einseitige Beilage über deren Raum 20 Pfennige, für Breiten- und Beilagen-Anzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Donnerstag 10 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Nr. 451.

Telephon Nr. 451.

Nr. 59.

Sonntag, den 10. März 1900.

11. Jahrgang.

Politische Uebersicht.

„Vorwärts“ contra Sombart.

IV.

Neben den Angriffen auf den Flottenpolitiker Sombart unternahm der „Vorwärts“ in seiner Nr. 43 auch einen äußerst scharfen Angriff auf den Sozialpolitiker Sombart. Ueber diesen Angriff hat der Genosse Julius Bruns in der „Sozialen Praxis“ über die Vorträge, welche Professor Sombart im November v. J. in den Breslauer Arbeitervereinen über „Geschichte und Theorie der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung“ gehalten, berichtet. Der „Vorwärts“, der dem Genossen Bruns ironisch die Vorträge zu allgemeiner Kenntnis gebracht habe, behauptete zunächst, daß neun Zehntel derselben überflüssige Dinge enthielten, die man gründlicher und blüssiger in den vor dreißig Jahren erschienenen „Arbeiter-Idyllen“ Bretano's lese, das letzte Zehntel aber sei „kostbares Originalgemäch“. Der „Vorwärts“ knüpft dann eine scharfe Kritik zunächst an folgenden, von ihm zitierten Satz der Sombart'schen Vorträge:

„Mit Unrecht ist den sozialdemokratischen Führern der Vorwurf gemacht worden, daß sie von der Gewerkschaftsbewegung nichts wissen wollten. Aber sie waren ganz im Sinne von Marx immer für die Gewerkschaftsbewegung als Mittel zum Zweck, im höheren Dienst der politischen Bestrebungen. Ein orthodoxer Marxist muß freilich so denken, denn wer Alles von der völligen Umwälzung der wirtschaftlichen Verhältnisse erwartet, kann die Gewerkschaftsbewegung nicht als Selbstzweck behandeln.“

Die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften in den letzten Jahren hat denn auch ihre Ursache in der Emanzipation der Gewerkschaftsbewegung von der Vermundtschaft der sozialdemokratischen Partei.“

Der „Vorwärts“ nennt das „einen Weichselkopf von Schiefen und Unwahrheiten“. In der vierzigjährigen Geschichte der Sozialdemokratie hätte es nur eine Periode von wenigen Jahren gegeben, in der ein Theil der Sozialdemokratie allerdings gewerkschaftliche der politischen Bewegung unterordnete. Das sei aber nicht der „Sinn von Marx“ gewesen, sondern der Sinn Schweiger's, der in diesem Punkt gründlich irrte. Dieser Irrthum Schweiger's gehörte zu den wesentlichsten Differenzpunkten zwischen Lassalleanern und Eisenachern. „Mindestens aber seit dem Gothaer Einigungskongreß von 1875 hat die gesamte sozialdemokratische Partei auf dem Standpunkt, daß die politische und die gewerkschaftliche Organisation sich berechtigt, aber ihrem Wesen nach verschiedene Kräfte des Klassenbewußten Proletariats seien, und daß sie demgemäß auf verschiedenen Wegen dem gemeinsamen Ziel zustreben müßten, der Emanzipation der Arbeiterklasse aus der Lohnsclaverei.“ Das sei der „Sinn von Marx“, wie der der orthodoxen Marxisten“ und der „sozialdemokratischen Führer.“ „Nur die Gewerkschaftsbewegung nicht „Selbstzweck“, sondern nur „Mittel zum Zweck“, aber Herr Sombart alle mit einem Taschenspielerkniff das „Mittel zum Zweck“ und „im höheren Dienst der politischen Bestrebungen“ gleichbedeutend nebeneinander, um den „Sinn von Marx“ einen Unsinn zu verkehren, den dieser und die deutsche Sozialdemokratie stets zurückgewiesen hätten.

Während, sagt der „Vorwärts“ weiter, in früheren Jahrzehnten die gewerkschaftliche Bewegung der Arbeiter noch verfolgt wurde, als ihre politische Bewegung, weil die Unternehmer die von der Gewerkschaften drohende unmittelbare Verkürzung ihres Profits mehr fürchteten, als die

mittelbare Bedrohung des ganzen Profits durch eine, wie sie sich einbilden, harmlose und utopistische Sekte“, habe sich heute das Verhältnis in sofern umgekehrt, als heute „die gescheiterten Unternehmer den Gewerkschaften lieber einen Theil ihres Profits opfern möchten, wenn sie damit die handgreifliche Bedrohung ihres gesammten Profits durch eine große politische Partei abwenden könnten“. Und der „Vorwärts“ behauptet:

„Diese Schmerzen holder Seelen beingt Herr Sombart in ein „wissenschaftliches“ System; deshalb giebt er der uralten Polizeifläche, die jahrhundertlang gebraucht worden ist, um die politische Verfolgung der Gewerkschaften zu beschönigen, der Stinte nämlich, daß die Gewerkschaften der Schwanz der politischen Bewegung seien, die höhere wissenschaftliche Weisheit; deshalb fabelt dieser Lehrer der politischen Oekonomie, daß „die erfreuliche Aufwärtsbewegung der Gewerkschaften in den letzten Jahren“ nicht in der günstigen Konjunktur der Wirtschaft, sondern in der — zweifach imaginären — „Emanzipation“ der Gewerkschaftsbewegung von der Vermundtschaft der sozialdemokratischen Partei ihre Wurzel habe.“

Der „Vorwärts“ wirft Sombart dann „professorale Treibereien“ und „Geschichtsfabeleien“ vor und zitiert darauf aus den Schlußsätzen der Sombart'schen Vorträge folgenden Absatz:

„Das neue Jahrhundert wird nicht ein Jahrhundert des Kapitalismus oder des Sozialismus sein, sondern ein Jahrhundert beider, denn sie schließen sich nicht aus, sie gehören zusammen, wie die beiden Seiten einer Medaille. Der Kommunalsozialismus, die genossenschaftlichen Betriebe werden eine Zunahme erfahren, der Schwerpunkt des Wirtschaftslebens aber wird in den Händen der Kapitalisten bleiben. Wir können die genialen Leiter der Produktion und die königlichen Kaufleute nicht entbehren, und wir wollen hoffen, daß sie in der rauhen Luft des Weltmarktes Deutschlands Ruhm und starke Stellung erhalten und ausweiten werden. Der Antheil der Arbeiter am Produktionsprodnisse, an der Art und Weise der Produktion wird wachsen, die Planlosigkeit der Produktion wird verringert werden, und an die Stelle der heutigen privaten Regelung des Arbeitsvertrages wird die öffentlich-rechtliche Regelung dieser Verhältnisse zwischen Unternehmer und Arbeiter treten.“

Das sei der Standpunkt Max Stirner's Sombart, meint der „Vorwärts“: „Die gewerkschaftliche Bewegung ist Selbstzweck; indem sie die politische Bewegung der Arbeiterklasse paralytisch, wird sie die kapitalistische Gesellschaft überwinden und in einem Ruckelmußel von Kapitalismus und Sozialismus einen Urbrei allgemeiner Glückseligkeit herstellen.“ Dieser Standpunkt sei die reine Konfusion — wenn er nicht etwas anderes sei.

Dieses „Andere“, das der „Vorwärts“ in Sombart's Anschauungen sieht, spricht er in der Antwort auf Sombart's Verteidigung in Nummer 46 aus. Dort wird behauptet, daß Sombart auch als Sozialpolitiker eine Mauerung vorgenommen habe. In seinem Buch über den „Sozialismus“ hatte Sombart die soziale Bewegung in ihren Grundzügen für „nothwendig“, „so wie sie ist“: mit ihrem Ziel, dem sozialistischen Ideal und dem Mittel, dem Klassenkampf. „Politik und Gewerkschaften“ schienen ihm „wie das rechte und das linke Bein, auf denen das Proletariat marschirt.“ In seinen Breslauer Vorträgen aber verteidigte Herr Sombart die Gewerkschaftsbewegung, weil er sich einbilde, „in ihr ein Mittel zu haben, den politischen Kampf zu hemmen, der großen sozialen Bewegung ihr Ziel, das sozialistische Ideal und ihr Mittel, den Klassenkampf, zu entziehen“. Sein wirtschaftliches Ideal sei jetzt die Tarifgemeinschaft und sein politisches Ideal die parlamentarische Einflußlosigkeit des Proletariats, wie in England. Sombart spreche in diesen Vorträgen vor keiner unrichtigen Behauptung zurück, um die Arbeiterchaft der Sozialdemokratie zu entfremden und er bediene sich zu diesem Behufe nicht durchaus lauterer Mittel.

Der „Vorwärts“ zieht dann einen Vergleich zwischen den „Scharfmachern“ und den „glatten Schmeichlern“, zu denen er Sombart zählt, von welchen jene „uns mit dem Knüttel loszuschlagen, diese uns von innen heraus erweichen und entkräften wollen.“ Sombart zähle zu den letzteren, den unehrlichen Feinden der Sozialdemokratie und diese müsse ebengiltig auf ihn verzichten, da er nicht mehr der unbefangene wissenschaftliche Beobachter der sozialen Bewegung, sondern nur noch der Parteimann aus gegnerischem Lager sei.

Auf diese Angriffe antwortete Sombart in Nr. 48 des „Vorwärts“ zunächst ganz kurz. Er bittet, in seinen Breslauer Gewerkschaftsvorträgen einen Widerruf seiner in seinem „Sozialismus“ niedergelegten Anschauungen vorgenommen zu haben. Er hätte das Gegentheil dessen gesagt, was jetzt der „Vorwärts“ behauptet und glaube, daß das auch die darüber veröffentlichten Berichte deutlich werden ließen. Da diese aber nicht von ihm herrührten, wolle er mit ihnen einen Beweis nicht antreten, sondern verweise auf die demnächst in der „Neuen Deutschen Rundschau“ erscheinende, von ihm selbst herrührende und zum Theil erweiterte Wiedergabe seiner Vorträge.

In derselben Nummer des „Vorwärts“ nimmt Genosse Bruns das Wort, um der Behauptung entgegen zu treten, daß Sombart in seinen Breslauer Vorträgen „die Gewerkschaftsbewegung verteidigt, weil er sich einbildet, in ihr ein Mittel zu haben, den politischen Kampf zu hemmen, der großen sozialen Bewegung ihr Ziel, das sozialistische Ideal, und ihr Mittel, den Klassenkampf, zu entziehen.“ Bruns glaubt zu „einem Wort der Berichtigung und der Abwehr“ befugt zu sein, da von ihm die in Rede stehenden Berichte über Sombart's Vorträge herrührten und er, wenn der gegen Sombart erhobene Vorwurf berechtigt sei, als dessen Mitschuldiger erscheinen müsse, insofern er sich in der That bemühte, die Sombart'schen Anschauungen weiteren Kreisen bekannt zu machen, ohne zugleich die etwa noch verbleibende Kritik an denselben zu üben. Der Vorwurf des „Vorwärts“ sei aber ganz unberechtigt. Sombart fordere in den besagten Vorträgen allerdings, daß die Gewerkschaften unpolitisch sein sollen — dem Sinne nach kaum anders, wie das auch von namhaften Sozialdemokraten, unter andern von Debel auf dem Parteitag in Hannover, ausgesprochen worden ist —, und er stehe die Grenze für das, was durch die unpolitische Gewerkschaftsbewegung für die Arbeiterklasse zu erreichen sein soll, sehr weit. Aber er erkläre dabei ausdrücklich:

„Da es also auf absehbare Zeit im Interesse der Arbeiter liegt, daß die Staatsmaschine auch für sie arbeitet, so muß auch in der Zukunft die politische Bewegung den Arbeitern unentbehrlich bleiben. Zwar soll der Arbeiter in seiner Gewerkschaft sein, daneben aber soll er politisch treiben.“ Und weiter: „Seiner Glaube an die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung schließt keinesfalls die politische Bewegung aus, schließt nicht aus, daß man Sozialdemokrat ist. Ja, man kann ein sehr eifriger Sozialist sein und doch für die eigentliche Gewerkschaftsbewegung haben.“ Sie wissen ja, daß die neuen Männer der Gewerkschaftsbewegung, die ich Ihnen nannte, alle Sozialdemokraten sind, daß sie zum Theil Abgeordnete der Partei sind. Und die englische Gewerkschaftsbewegung in ihrer neuesten Phase hat unter ihren Führern eine Reihe überzeugter Sozialisten.“

Sombart erkläre weiterhin allerdings, daß die unselbstständige Art der politischen Betätigung der englischen Arbeiter seinem politischen Ideal entspreche, fügt jedoch hinzu: „Ich gebe aber gern zu, daß für die Arbeiter auch andre Formen zur Betätigung ihrer politischen Interessen möglich sind, daß sie auch selbstständige politische

Exzellenz Rougon.

Roman von Emile Zola.

Deutsch von Kurt Baake.

(Nachdruck verboten.)

„Sie kommen, um Nachrichten zu holen, nicht wahr? ... Ich weiß gerade was.“

Sie erhob sich und schickte Antonia hinaus, die den Kamm in den Haaren ihrer Herrin stecken ließ. Sie hatte noch immer Furcht, gehört zu werden, denn sie legte ihre Hand auf die Achsel des Barons, stellte sich auf die Lippen und flüsterte ihm ins Ohr. Die Augen des Barons ruhten, während er zuhörte, auf ihrer Wüste, die sich ihm hinbog, aber er sah sie gewiß gar nicht. Er nickte lebhaft mit dem Kopfe.

„So, das wollte ich Ihnen mittheilen“, schloß sie und sprach jetzt wieder laut. „Nun können Sie vorgehen.“

Er nahm sie am Arm und zog sie an sich heran, um sie um bestimmte Aufklärungen zu bitten. Mit einem seiner Arme hätte er nicht ungenirt verfahren können. Als er von ihr verabschiedete, lud er sie auf morgen zum Diner ein; seine Frau langweilte sich, wenn sie sich so selten sehen lie. Sie begleitete ihn bis zur Thür. Pöhllich aber kreuzte sie die Arme auf der Brust, wurde sehr roth und rief:

„Na, das ist aber gut, so will ich nun mit Ihnen hinauslaufen!“

Nun stieß sie Antonia herum. Das Mädchen wurde auch fertig. Sie ließ ihr kaum Zeit, sie zu küssen und sagte, daß sie nicht so lange bei der Toilette zu trödeln habe. Trotz der Jahreszeit wollte sie ein langes, schwarzes Sammetkleid anziehen, eine Art loser Blouse, die um die Taille durch eine Seidenschur zusammengehalten wurde. Zweimal schon war der gräßlichen Frau gemeldet worden, daß das Diner aufgetragen sei.

drei Herren dort, deren Anwesenheit an diesem Orte Niemand ahnte. Es waren die drei politischen Flüchtlinge, die Herren Brambilla, Staberino und Biscardi. Sie schienen weiter nicht überrascht, sie hier zu treffen.

„Warten Sie schon lange auf mich?“ fragte sie. „Ja, ja“, antworteten sie und wiegten langsam den Kopf.

Sie waren schon vor dem Banker gekommen, hatten aber nicht das geringste Geräusch gemacht, die dunklen Persönlichkeiten, die politisches Unglück schweigsam und behäbig hatten werden lassen. Sie sahen alle drei auf derselben Chaiselongue in derselben Haltung neben einander und kauten an ihren blassen, ausgegangenen Zigarren. Nun aber waren sie aufgestanden und umringten Clorinde. Eine Fluth italienischer Silben rauschte rasch aber leise dahin. Sie schien ihnen Weisungen zu geben. Einer von ihnen trug chiffirte Notizen in sein Notizbuch ein, während die anderen offenbar in großer Aufregung über das was sie vernahmen, waren und ihre behandschuhnten Finger an den Mund preßten, und ihre leisen Ausrufe ersticken. Dann gingen sie mit undurchdringlichen Gesichtern alle drei hinter einander hinaus.

Am diesem Donnerstag sollte Abends einer wichtigen Sache wegen eine Konferenz zwischen mehreren Ministern stattfinden; es war in einer Lebensfrage zu einem Konflikt gekommen. Als Delestant nach dem Diner fortging, sagte er zu Clorinde, er wolle Rougon nachher mitbringen. Sie machte ein Mäulchen, als wolle sie ihm zu verstehen geben, daß ihr nicht viel an diesem Gaste liege. Es war zwar, noch kein Bruch erfolgt, aber sie nahm ein immer kühleres Benehmen an.

Gegen neun kamen Herr Rahn und Herr Beauvin; sie waren die ersten, bald nachher erschien Frau Correur. Sie trafen Clorinde in ihrem Zimmer auf einer Chaiselongue

sonderbaren Leiden, die sie plötzlich zu allen Stunden heimsuchten. Diesmal war es eine Fliege, die sie beim Trinken verschluckt haben mußte; sie fühlte sie in der Magentiefe herumfliegen. Sie war in ihre große schwarze Sammetblouse gehüllt und hatte sich drei Rippen unter den Oberkörper geschoben. So war sie von wahrhaft königlicher Schwere und gleich mit ihrem blassen Gesicht und ihren nackten Armen einer jener liegenden Marmorstatuen, die sich traumverloren an Denkmäler lehnen. Zu ihren Füßen saß Luigi Pozzo und fuhr leise über die Saiten einer Gitarre; er hatte die Malerei für die Musik aufgegeben.

„Setzen Sie sich doch“, flüsterte sie. „Sie entschuldigen mich wohl. Mir ist ein Thier in den Magen gekommen, ich weiß nicht wie.“

Pozzo fuhr fort, auf der Gitarre zu klimpern und jammerte ein Lied vor sich hin; sein entzündetes Gesicht war ganz in Betrachtung verloren. Frau Correur rollte sich einen Sessel neben die junge Frau, und Herr Rahn und Herr Beauvin fanden endlich leere Stühle. Platz zu finden war nicht leicht, denn die fünf oder sechs Stühle im Zimmer verschwanden unter Haufen von Frauenröcken. Als 5 Minuten später Herrst Jodelin und sein Sohn August erschienen, mußten sie stehen bleiben.

„Kleiner“, sagte Clorinde zu August, den sie trotz seiner siebzehn Jahre noch immer duzte, „hol doch ein paar Stühle aus dem Toilettenzimmer.“

Es waren Rohrstühle, deren Firnis vollständig verschwunden war, weil beständig feuchte Wische auf ihren Lehnen herumging. Eine einzige Lampe, die mit einem Schirm aus rotha Papier bedeckt war, erleuchtete das Zimmer; eine andere Lampe stand im Toilettenzimmer und eine dritte im Boudoir; die Thüren waren weit geöffnet und ließen in kühleren Tiefen, in unbestimmten Räumen blitzen, worin nur Nacht

Parteien bilden können und sollen, wie ja gerade in Deutschland die Frage in diesem Sinne gelöst ist. Reineswegs sei Sombart geneigt, die Gewerkschaftsbewegung als das letzte und wichtigste Mittel im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse zu betrachten. So sagt er u. A. über die ihm vorbildlich erscheinende Taktik der englischen Gewerksvereine: „Diese Taktik ist die der gemeinsamen, wohlverstandenen Interessensvertretung, sie überbrückt nicht die Gegensätze, sie schafft nicht die soziale Frage aus der Welt, sie ist nicht die ultima ratio in der Arbeiterfrage, aber sie vermindert die Frictionen, die Reibungen zwischen zwei Interessenten-Gruppen und die schweren Folgen dieser Reibungen.“ Brubns schließt mit folgender Erklärung:

„Diese Zitate aus Sombarts Vorträgen beweisen, daß der im „Vorwärts“ erhobene Vorwurf ganz ungerechtfertigt ist. Gewiß enthalten jene Vorträge auch Anschauungen, denen ein Sozialdemokrat nicht zustimmen kann. Sombart selbst ist ja auch nicht Sozialdemokrat und will ja keiner sein. Das aber soll mich nicht hindern auszusprechen, daß nach meiner Ueberszeugung diese in der Area der Buchhausbörse gehaltenen Vorträge eine gute, nützliche That waren und der deutschen Gewerkschaftsbewegung manche neue, wichtige Anregung gaben. Sie nützen dem bisher schwächeren, weitgehenden Arbeiter, auf welchen das deutsche Proletariat marschirt, den Gewerkschafter, ohne dem stärkeren Arbeiter, der politischen Partei, irgendwas zu schaden. Ich acceptire daher auch in allem Ernst den an anderer Stelle erstatteten ironischen Dank des „Vorwärts“ für meine Berichterstattung und will nicht mit der Meinung zurückhalten, daß der Sozialpolitiker Sombart wohl eine bessere Beurteilung verdient hätte, wie er sie neuerdings im „Vorwärts“ erhält.“

Was wird werden?

Die „Freis. Ztg.“ schreibt:

In den oberen Regionen ist zwischen heute und vorgestern Nachdruck entstanden in Bezug auf das Fleischverbot. Herr v. Wedell, dießmalig ist zwar kein verantwortlicher Minister, aber Hauptminister. Ihm war es gelungen, die Regierung zur Capitulation vor den Agrariern zu bewegen, mit der Vorbedingung, daß sonst die Fleischverbotfrage verloren sei. Nun kamen aber aus den Parteistädten und sonstiger dieselben Personen, welche noch vor Kurzem für die Fleischverbotfrage sich mächtig ins Zeug gelegt hatten, angereist und wurden an denselben Stellen vorstellig. In Folge dessen enthielten die von Grafen Posadowsky heute erlassenen allerhöchsten Befehle. Fürst Hohenlohe behielt am Donnerstag dem Reichspräsidenten Abg. Herold privatim erklärt, das Fleischverbot werde nicht sein Placet. Auch am Freitag erklärte er sich gegen die Kommissionsbeschlüsse. Graf Posadowsky garantierte aber dieselben Ausführungen mit allen möglichen Bedenkenswürdigkeiten gegen die Agrarier. Das der Kanzler oder die Minister aus ihrem Votum eine Rabinetsfrage machen würden, nimmt Niemand an. Möglich, daß man nun, der Bedeutung Posadowsky's folgend, zwischen der zweiten und dritten Lesung noch zu verhandeln sucht.

Die entschiedene Erklärung Hohenlohe's im gestrigen Reichstage läßt die Annahme zu, daß es für diesmal mit den Hoffnungen der Agrarier nichts wird — wenn der Kurs des Reichstages nicht plötzlich wieder anders gesteuert wird.

Zum Fleischverbot.

Hier, wo es sich um wichtige materielle Interessen des Bürgertums handelt, regt sich der Widerstand der Theilhaber in ganz anderer Weise und viel schneller, wie bei der lex Feinze. So werden die Vertreter der Kaufmannschaft von Berlin zu Sonntag Mittag eine Versammlung der Berliner Kaufleute und Gewerbetreibenden, sowie der Vertreter der sämtlichen deutschen Handels-Vereine veranstalten. Ebenso hat die Bremer Handelskammer eine Versammlung der Kaufmannschaft einberufen, um gegen das Fleischverbot zu protestieren.

Gegen das Fleischverbot wird auch der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands in Berlin am Sonnabend Stellung nehmen. — Telegraphisch haben beim Reichskanzler gegen das Fleischverbot Protest erhoben die Zentralstelle für Vorbereitung von Handels-Verträgen und die Handelskammer in Elberfeld.

Gegen das Fleischverbot sind auch bei dem Reichskanzler vorstellig geworden Bürgermeister Pauly in Hamburg, die Vertreter des Norddeutschen Lloyd und der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Gesellschaft, Ditzold und Ballien.

In der Bremischen Bürgererschaft äußerte sich in der Sitzung vom Mittwoch Bürgermeister Ordnung bei der Geschäftsberatung: Wenn, was Gott verhüten möge, das Fleischverbot, wie es in der Reichstagskommission beschlossen worden ist, zur Annahme gelangte, so würde eine große Katastrophe für Handel und Schiffahrt eintreten und man sollte wahrhaftig gar nicht sein, die Steuern noch anders zu erhöhen wie in dem vorliegenden Etat für den Bremischen Staatshaushalt.

Als Ergänzung zur Lebensmittelparce, wie sie in dem Fleischverbot enthalten ist, regt der „Vorwärts“ an, ein Ausfuhr-Verbot für agrarische Produkte zu erlassen. Im Jahre 1898 wurden nach der amtlichen Statistik von agrarischen Produkten allein an Lebensmitteln für 365 Millionen Mark in das Ausland ausgeführt.

Gegen die Lex Feinze

hat die schon erwähnte imposante Münchener Protestkommission folgende bayerisch-deutsche Resolution beschließen:

Die lex Feinze ist verwerflich: weil sie die Kunst und das Handwerk mit Beschuldigungen und Bestrafungen bedroht, indem sie die mit dem künstlerischen Schaffen unentbehrlichen Voraussetzungen — Freiheit und Unabhängigkeit — nimmt, weil sie geeignet ist, das auf seine Pflanzung ruhende deutsche Volk zu sich selbst und vor dem Ausland, wo derartige Aemter auf die geistige Freiheit unbekannt sind, in der erschwerlichsten Weise zu benachteiligen, weil durch mehrere Bestimmungen des Gesetzes die geheime Wahlbarkeit gebildet und die Rechtspflege zum Mittel einer reaktionären, lächerlichen, heimtückischen Parteipolitik herabgewürdigt wird, weil es jenen Bestimmungen der Seite der Unklarheit, der Dunkelheit und des Verneinens die öffentliche Meinung in die deutsche Gesetzgebung holt; endlich, weil München unter der Herrschaft eines solchen Gesetzes existieren würde, der Mittelpunkt eines solchen Lebens — überhaupit „München“ — zu sein. Die Versammlung erwartet daher, daß der Reichstag wie der Bundes-

rath dieses volks- und kunstfeindliche, sabbatsthem und bayerischem Wesen tiefverhaßte Gesetze mit der ihm gebührenden Brandmarke für immer von der Bildfläche der Reichsgesetzgebung verschwinden lassen werden.“

Zur Flottenvorlage.

Der Bundesrath hält am kommenden Montag eine besondere Sitzung ab zur Erörterung der Decksfrage bei der Flottenvorlage. Die leitenden Minister der Einzelstaaten werden dazu in Berlin eintreffen. Da wird was herauskommen!

Nach Aussage eines einflussreichen Zentrumsmannes widerstand die Zentrumsparthei der Flottenvorlage d. erart, daß eine Annahme ausgeschlossen erscheint. Na na!

Aus Köller's Reich.

Mit der Ausweisung eines Dänenmädchens sind, wie die „Freis. Ztg.“ mittheilt, die „Leute“ des Oberpräsidenten v. Köller einmal an den Urtheligen gekommen. In den letzten Tagen ist ein dänisches Mädchen auszuweisen worden, das bei dem Hofbesitzer Peter Jensen in Lumbäl in Dienst stand. Jensen erklärte darauf, daß er sich von jeder Agitation vollständig ferngehalten habe und beruft sich auf das Zeugniß deutscher Diktatoren und Mannschalter, die in überzeugender Weise bekunden, daß dieser „Däne“ der preussischen Einquantung gegenüber nichts weniger als ein „Fanatiker“ war. Bisher ist Peter Jensen denn auch von allen Folgemaßregeln unberührt geblieben, aber in der Köller-Aera hat auch ihm seine gastfreundliche Stimmung wenig geholfen. Sein Dänenmädchen, das sich schon mehrere Jahre im Lande aufgehalten und tadellos geführt hatte, mußte wea. Erst erhielt sie vom Amtsvorsteher die Erlaubnis bei einem Deutschen in Dienst zu treten, Jensen verständigste sich dann in der üblichen Weise mit seinem Nachbar und die Diensträdchen wurden getauscht; aber so hatte die Obrigkeit es nicht verstanden. Der deutscheste Unterthan durfte wohl eine Tänzerin halten, aber der dänische Preuze sollte kein Mädchen haben. Da das von Jensen eingetauschte Mädchen aber unglücklicher Weise eine Preuzin war, und sich nicht einfach wegziehen ließ, so wurde das dänische Mädchen in einem bösen Schneesturm zur nächsten Bahnstation gebracht und über die Grenze geschoben. — Das nennt man moralische Eroberungen machen!

Diäten für Reichstagsabgeordnete werden von den Konservativen nicht verlangt werden. Gegenüber der Meldung von einem diebezüglichen Antrag schreibt die agrarische „Deutsche Tageszeitung“: „An der Mittheilung ist kein Wort wahr. Daß die konservativen Abgeordneten, die die Einführung von Tagegeldern für nothwendig halten, in letzter Zeit größer geworden ist, haben wir mehrfach erwähnt. An die Einbringung eines Antrags denken jedoch diese Abgeordneten nicht im entferntesten.“ — Wir haben der Sache von vornherein nicht getraut. Wie könnten Konservative auch für eine Erweiterung der Volkrechte eintreten.

Das böse Beispiel Preußens mit der Waarenhaussteuer soll in Sachsen Nachahmung finden. Dort war die Besteuerung bisher den Gemeinden überlassen, nunmehr ist nach der „Staatsbürgerzeitung“ dort eine Besteuerung durch Staatsgesetz geplant.

Ausland.

Türkei. Unter der armenischen Bevölkerung an der russisch-türkischen Grenze gährt es neuerdings, weil die türkische Regierung den nach Rußland emigrierten Armeniern die Rückkehr in die Heimath verbietet, die russische Regierung aber deren Niederlassung im russischen Grenzgebiet ebenfalls nicht zuläßt. In Folge dessen herrschen unter den Armeniern Krankheiten und große Noth. Der russische Vorgesetzte in Konstantinopel, Sinowiew, wurde beauftragt, energisch die Zulassung der Rückkehr der türkischen Armenier in ihre alte Heimath von der türkischen Regierung zu fordern.

Auf Haiti ist ein Aufruhr ausgebrochen: Einem Telegramm aus Santo Domingo zu Folge hat der frühere Gouverneur von Santiago des los Caballeros, General Piquin, revoltirt. Truppen wurden gegen ihn entsandt und im Südwesten der Insel wurde der Belagerungszustand erklärt. Der Kongreß hat den Belagerungszustand proklamiert; viele Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Krieg in Südafrika.

Ein amtliches Kriegsbulletin der Buren drückt die Zuversicht der Republikan auf Erfolg aus. Die Regierung nehme die Uebergabe Cronje's als eine Thatfache hin, ist aber, so immerhin diese Uebergabe auch sein mag, überzeugt, daß sie die Bürger bei dem Verteidigungskampfe für ihre Unabhängigkeit nicht entmutigen wird. Bis jetzt haben die Republikan durch ihren Kampf gezeigt, daß sie sich als ein unabhängiges Volk betrachten, und ein Unglück kann sie in dem Kampfe für ihre heiligere Rechte nicht entmutigen. . . . Trotz aller anders lautender Meinungen sehen die Bürger dem Ausgange des Krieges mit Vertrauen entgegen und sind voll Muthes.“

Wie dem „Daily Telegraph“ aus Kapstadt vom Donnerstag in Uebereinstimmung mit früheren Meldungen berichtet wird, werden die Buren wahrscheinlich den nächstern ernstlichen Widerstand gegen den Vormarsch der englischen Truppen, von kleineren Versuchen abgesehen, auf der Transvaaler Seite des Vaalflusses leisten. Die Buren haben ungeheure Vorrathsmengen nach dem Spelonken-Distrikt geschickt.

Daß die in Transvaal eingefallene englische fliegende Kolonne sich wieder nach Melmoth im Zululand hat zurückziehen müssen, wird nunmehr auch vom „Heuterschen Kurier“ in Durban bestätigt.

Im Norden der Kapkolonie hat nach amtlicher Meldung aus Pretoria am letzten Sonntag ein heftiges Gezecht bei Dordrecht stattgefunden. Die Engländer wurden mit großen Verlusten zurückgeschlagen. Drei Kanonen wurden von den Rebellen erbeutet. Auf Seite der Buren wurden drei Mann getödtet, fünf verwundet.

Deutscher Reichstag.

Der Reichstag setzte heute die zweite Lesung des Fleischverbotgesetzes fort. Die Beratung, sonst nicht eben interessant, brachte gegen Mitte der Sitzung die lange erwartete Sensation. Graf Posadowsky, die Regierungssprecher, begab sich zu sprechen, und nach ihm nahmen noch der Hamburgische Bevollmächtigte und der Reichskanzler selber das Wort.

Das Haus war gut besetzt. In dichten Scharen hörten die Agrarier zusammen und heulten in einer Weise, die an das Abgeordnetenhaus erinnert, ihre Gegner nieder. Rede des pommerischen Abgeordneten Steinhauer über das „freisinniger Remonirbauer“ den Landwirthschaftsminister besonders verhängt ist, wurde durch das junkerliche Gerücht überliefert, daß man auf den Tribünen kaum ein Auge von ihr verstand.

Am Bundesrathstisch sah man den Grafen Posadowsky sitzen. Eine Stunde etwa nach Beginn der Sitzung stellte sich der Reichskanzler Fürst Hohenlohe als Stellvertreter bei. Aber vergebens suchten die Augen Staatssekretär des Auswärtigen Amtes: des Grafen Bülow's eleganten Scheitel wurde nicht entdeckt.

Mit einer scharfen und geschickten Rede eröffnete Freisinniger Dr. Pagnitz die Debatte. Die Freisinnigen unter den wohlgezielten Geißelstößen des Redner die Liebesgaben- und Schacherpolitik, den ganzen Geschichtspatriotismus, wie ihn die Geistes der Nation pflegen, treu zu brandmarken verstand. Nebenbei freilich konnte es Herr Pagnitz nicht verjagen, in die Rede gegen die Fleischverbotspolitik echt wadenstrümpferisch-kathedermarin eine Rede für die Flotte einzuflechten.

Die Unruhe, die während der bohrtrübe langweilige breitschweifigen Vorklesung des dann folgenden gräßlichen Sozialprofessors Kanitz geherrscht hatte, wich einer gespannten Aufmerksamkeit, als endlich Staatssekretär v. Posadowsky das Flehen erhörte, das von den verschleppenen Seiten ihn ergangen, und den Schleier ein wenig zu lüften geriet unter dem die Regierung bisher ihre Stellung verbarg.

Graf Posadowsky bewährte sich als ein Meister Gieranz, gegen dessen Kunststücke gehalten die wahrhaft nicht zu unterschätzenden Leistungen ultramontaner und natuliberaler Redner und Parteiführer auf diesem Gebiete Nichts verschwanden. Daher auch der reizvolle Beifall, der wechselnd von links und von rechts die Ausführungen Staatssekretärs begleitete. Mit edler Unparteilichkeit verurtheilte der Reichstag des Innern seine Verbeugungen unter Segner und die Anhänger der Kommissionsbeschlüsse. jeden Einwand gegen das Maßwerk der Kommission folgte Hymnus auf die konservative, staatsverhaltende Rolle, die dieser bösen Zeit umstürzenden Radikalismus die Landwirtschaft zu spielen berufen ist; auf jede Schmeichelei, die Agrariern zu Theil wurde, folgte die Mahnung, doch der Industrie und dem Handel etwas gönnen zu wollen. langen Rede kurzer Sinn war der: obgleich der Regierung das Herz blutet, daß sie ihren geliebten Agrariern Wunsch abschlagen muß, kann sie doch aus anderweitigen Rücksichten zu den Kommissionsbeschlüssen nicht Ja und Amen sagen; dafür verpflichtet sie aber, bei den nächsten Handelsverträgen eine Fülle von Liebesgaben auf ihre Liebherabträufeln zu lassen. Wartet ein paar Jahre, so klang Posadowsky's Rede melodramatisch aus.

Die Junker wollen aber vom Warten nichts wissen hat keinen Eindruck auf sie gemacht, daß der Staatssekretär den römischen Feldherrn Fabius Cunctator, den rühmten „Zauderer“, aus dem Grabe beschwor. v. Wangenheim antwortete mit einer brüskten Lehnung. Er provozierte direkt den Fürsten Hohenlohe sich klar und deutlich zu äußern. Der große Reichstagsam der Aufforderung nach und gab mit unerwarteter Schärfe, wengleich mit leiser Stimme, die Erklärung, daß die Kommissionsbeschlüsse unannehmbar seien.

Was sonst noch am heutigen Tage geredet wurde ohne große Bedeutung, wengleich dem Volksparteieller Fischeck manch treffendes Wort gegen die Agrarier entließ und der Hamburgische Senator Dr. Burckhard mit Entschiedenheit, die von Posadowsky's Schaufelwalzer theilhaft abschloß, die Fleischverbotpolitik beim Namen nannte. Die Rede Sankt Paasche's war nun so fern interessant, als sich aus ihr konstatiren ließ, daß Nationalliberalen in nichts weniger als drei Gruppen zerfallen: die eine ist für die Kommissionsbeschlüsse, die andere für die Regierungsvorlage, die dritte, zu Paasche selbst gehört, will sich die Sache noch einmal legen und stimmt vorläufig für die Kommissionsvorlage. Nach der Rede Paasche's beantragte Graf Compey die Debatte, wodurch unserem Genossen Daudert Wort abgenommen wurde. Die Antwort darauf war Antrag Singer auf namentliche Abstimmung über Schlusspantrag. Die Agrarier tobten über die ihnen lästige Verzögerung ihres Wutetzes gegen die Tauschen Koajumenten. Es half aber nichts. Der Antrag fand genügende Unterstützung.

Natürlich setzte die geschlossene Mehrheit der vereinten Agrarier den Schluss der Debatte durch. Es wurde nun zur Abstimmung über die einzelnen Paragraphen geschritten. Das Resultat war — wie vorauszu sehen — Annahm aller bisher beratenen Paragraphen der Kommissionsfassung. Morgen soll der Reichstag das Gesetz beraten werden.

163. Sitzung. Freitag, den 9. März. — 1 Uhr

Die zweite Beratung des Fleischverbotgesetzes wird fortgesetzt. Diskussion gegen zunächst noch die gestrige Sitzung §§ 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Abg. Dr. Pagnitz (Freis. Sp.): Meine Freunde sind manchen Einzelheiten des Gesetzes nicht einverstanden. Ich halte für den § 14a für viel zu weit gehend. Die deutsche Fleischverbot seit dem deutschen Fleischbedarf ist eine unbeweisbare Behauptung. Sehr ungewiß ist auch eine noch so festgesetzte Begrenzung mit der Zunahme der Bevölkerung gleichem Schritt gehen könnte. Trut aber der § 14a, daß der deutsche Fleischbedarf nicht von der einheimischen Produktion gedeckt werden kann, denn ich würde Sie bitten und

stehen von dem Entwürfsstrome, der sich dann erhebt, nur die Sozialdemokratie haben. Und dann die Folgen für Verhältnis zu Amerika Ein Bollwerk ist doch ein recht zweifelhaftes Schwerk. Wir exportieren für 80 Millionen Mark Rohstoffe nach Amerika. Der Zollverlust den wir erleiden würden, wäre berechnetes Fleisch von der Einfuhr ausgeschlossen würde, betrug 16 Millionen Mark. In der Zukunft Arbeiter und Flotte" — "Aus der Ferne kommen große Fleischmassen zu uns und streifen den Armen den Fleischgenuss" (Hört! hört! links). Mit diesen Gründen sucht man auf der einen Seite die Arbeiter für die Sozialdemokratie zu gewinnen und auf der anderen Seite will man die Einfuhr amerikanischer Fleisch verbieten? Warum spricht Graf Witte so? Wo ist Graf Witte? Will die Regierung mit den Armen zusehen, wie aus einem Gesetze, das ursprünglich als ein sanitäres gedacht war, ein prohibitiv-politisches gemacht wird? Glaubt die Regierung vielleicht eine Kapitulation vor den Agrariern die Ausschichten der Landwirtschaft zu verbessern? Meine Herren Agrarier, Sie müssen sich ja sagen zu der Flotte; Ihre Stimmen braucht die Regierung doch so teuer zu bezahlen. (Lachen rechts). Sie sind gelleiert, der Landrath seine Hand von Ihnen abzuziehen muß (Große Lachen rechts); während derselben betritt der Reichskanzler den Saal). Die Regierung auf's Neue vor den Agrariern kapituliert, wird deren Rücksichtslosigkeit nur noch steigern (Erneuter Lärm rechts). Manchen jedenfalls solch eine Politik nicht mit, welche Handel und Industrie schädigen und zuletzt auch schädlich auf die Landwirtschaft zurückzuführen muß. (Lebhaft Bravo! links; ironisches Bravo).

Abg. Graf Kanitz (kons.): Wegen der lumpigen 4 Millionen Mark, um die es sich handelt, wird Amerika nicht die großen Vorteile auf's Spiel setzen, die es im Uebrigen von Deutschland bezieht. Der Export Amerikas nach Deutschland 553 Millionen mehr als unser Export nach Amerika. (Hört! hört! links). Im Vorjahre hat die amerikanische Einfuhr nach Deutschland um 220 Millionen vermehrt, während in diesem Jahre die Einfuhr nach Amerika um 69 Millionen abgenommen hat. (Hört! hört! links). Ich bin deshalb überzeugt, dass Amerika sich nicht gegen uns wendet. Was hat sich Amerika nicht streich gefallen lassen? Wir sind Frankreich gegenüber die reinen Waifenkinder. — Weder verdrückt sich aber französisch-amerikanischen Handelsbeziehungen, unter wachsender Hilfe des Hauses. (Lachen des Präsidenten).

Abg. Graf Kanitz (kons.): Ich bitte um etwas mehr Ruhe. Die Herren glauben, über den Gegenstand schon genügend gesprochen zu sein, können sie ja einen Schlussantrag stellen. (Große Lachen).

Abg. Graf Kanitz (fortfahrend): Ich komme zum Schluss. In diesen Worten meidet sich Staatssekretär Graf Posadowski die wichtigsten Worte und habe nur noch den Wunsch auszusprechen, daß Reichstag und Bundesrath den Kommissionsbeschlüssen ihre Zustimmung geben mögen. (Lebhaft Bravo! rechts).

Staatssekretär Graf Posadowski: Der Herr Abg. Posadowski hat: wo ist Graf Witte? Er ist nicht hier aus einem sehr wichtigen Grunde. Es handelt sich hier nicht um eine internationale Regelung, sondern um einen Akt der autonomen Gesetzgebung. (Sehr richtig! rechts), um ein rein hygienisches Gesetz, was Jahrzehnten von allen Parteien des Hauses verlangt worden ist. (Sehr richtig! rechts). Es muß auch der Schein vermieden werden, als ob wir irgend welche wirtschaftspolitischen Zwecke verfolgen. Wenn sich ein Redner auf den Standpunkt gestellt hat, daß Waaren von der Einfuhr ausgeschlossen werden müßten, die im Lande selbst in ausreichender Quantität und Qualität hergestellt werden und die anderen Staaten zur Nachahmung an und damit wäre dann jeder Güterauswachs unmöglich gemacht. (Sehr richtig! links). Die Kommission hat nur Konserven, Fleisch, Schinken und Würste verboten, vom 31. Dezember 1899 auch frisches Fleisch, Schmalz und Speck ist freigeblieben worden, ist doch eigentlich eine Inkonsequenz im Sinne der Kommission. (Sehr richtig! links). Ich werde ja zu, daß in den eingeführten Fleisch manchemal eine grauliche Mischung befindet. (Sehr richtig! rechts). Die Konserven werden in so kleinen Stücken eingebracht, daß eine Untersuchung unmöglich ist. Zwischen der Gefahr des Fleischschadens und der des Speckes kann ich keinen Unterschied machen. Wenn sich im Fleisch mehr Trichinen finden, so wird die Gefahr durch die Untersuchung an der Grenze beseitigt. Eigens glaube ich, daß der Bedach auf Fleisch in Deutschland geboten werden kann. (Sehr richtig! rechts). Daß internationale Beziehungen in die Debatte gezogen sind, ist ich für bedauerlich. Manche Gründe, die gegen Kommissionsbeschlüsse angeführt worden sind, sind geeignet, das nationale Selbstgefühl zu erschüttern. (Sehr richtig! rechts). Ich muß ich Sie dringend bitten, in den Punkten, die die Kommission die sanitären Hygien den handelspolitischen Gesichtspunkten hat zurücktreten lassen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen. Ich halte die Auffassung, daß die sogenannte agrarische Bewegung für künstlich gemacht vorübergehend hält (Zuruf rechts: vorübergehende Erscheinung) für oberflächlich. Die landwirtschaftlichen Beschwerden sind ernst gepfaßt worden; bei der Neuorganisation unserer handelspolitischen Beziehungen müssen wir ihnen abhelfen suchen, soweit ohne Schädigung der anderen Erwerbszweige möglich ist. In der jetzigen Zeit des Sozialismus ist der Konservenismus weitaus der stärkste Anker auch für die liberalen Parteien (Lachen links). Ich bin längst von der radikalen Richtung verschlungen worden. Ich halte die Wanderung von Osten nach dem Westen, von dem Osten nach in die Städte eine geradezu gefährliche Erscheinung. Ich besitze, weil der landwirtschaftliche Arbeiter ein besserer Arbeiter als der Industriearbeiter ist. Somit erkenne ich die Tendenz der Stärkung der Landwirtschaft, die in den Kommissionsbeschlüssen, als durchaus richtig an; aber ich hege Bedenken gegen die Forderung solcher Tendenzen mit der gegenwärtigen Vorlage. Sie sind die Befürchtung, welche die Industrie hat. Treten die von der Landwirtschaft geforderten Maßnahmen ein, so ist zu befürchten, daß in der Industrie ein Gegenstoß zur Landwirtschaft entsteht. (Lärm rechts: Lange machen gut nicht!). Ja, meine Herren, die Regierung entspricht ernstlichen Erwägungen. Ich halte es für richtig, daß wir doch in 2 1/2 Jahren unsere handelspolitischen Beziehungen neu regeln müssen, jetzt hier auf diesem Spezialgebiete beginnen zu wollen.

Wenn wir unsere handelspolitischen Beziehungen auf Grund neuer und besserer Zolltarife regulieren, werden wir unserer eigenen Produktion das beste Maß von Schutz gewähren müssen, andere Staaten ihrer Produktion bereits gewährt haben. Der Schutz, den Sie jetzt lassen werden, ist von großer Tragweite. Ich muß ich Sie bitten, haben Sie Geduld, noch ein paar Jahre warten. (Lebhafter Zuruf rechts. Dg! oyl) Haben Sie Geduld. Gegen einanderwärtigen Maßregeln bis zur Neuorganisation unserer handelspolitischen Beziehungen. Fabius Cunctator war nicht der schlechte Lakoniker.

Abg. Fischer (frei. Sp.) polemisiert gegen verschiedene Punkte der Vorrede; seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne zurück.

Abg. v. Wangenheim (kons.): Wir halten unseren Standpunkt lediglich aus hygienischen Gründen aufrecht. (Lachen links). Eine Erhöhung der Preise beabsichtigt die Landwirtschaft. Sie will nur geschützt sein gegen die Preisrückfälle des amerikanischen Fleisches. Herr Wurm spricht gestern immer von nationalen Gesichtspunkten, aus denen seine Partei gegen dies Gesetz sei. Seine Partei nennt sich ja nicht international. — In einer anderen Frage, wie der Flottenfrage, das bemerkte ich für Herrn Wurm, können wir keinen Schaden. Die Forderung des Herrn Wurm, die Einfuhr zu verbieten, ist für uns unannehmbar. Bei unserem Vertrauen zum Bundesrath werden wir geneigt hinangehen. Der Herr Reichskanzler hat seinen Standpunkt abgegeben, daß in der Vorlage in und außerhalb des Reiches gleich behandelt werden soll. Dieses Versprechen

muß ebenso eingelöst werden, wie die Aufhebung des Verbindungsverbot politischer Vereine. (Bravo! rechts).

Hamburger Bevollmächtigter Senator Dr. Burghard: Die Hamburger Regierung hat die Vorlage zunächst mit Freuden begrüßt, aber sie hat doch schwere Bedenken gegen den § 14a. Das Bedenklichste ist, daß von einem bestimmten Termine ab bestimmtes Fleisch nicht mehr zur Einfuhr gelangen soll. Diese Bestimmung, die der Vorlage den Charakter eines Ausnahmegesetzes. Vom Standpunkte einer weitsehenden und vorsichtigen Politik muß eine Regierung den Kommissionsbeschlüssen ihre Zustimmung verweigern.

Reichskanzler Fürst Hohenlohe: Mein Versprechen, an das sich Herr v. Wangenheim mit einer gewissen Feinheit erinnerte, ist durch diesen Gehentwurf erfüllt. Daß man die ausländischen Fleischwaaren nicht ganz gleich mit den inländischen in allen Fällen behandeln kann, hat die Kommission selbst zugegeben. Ich kann mich also gegen die Kommissionsanträge erklären, ohne dadurch mit meiner Erklärung vom Jahre 1899 in Widerspruch zu gerathen. (Bewegung).

Abg. Steinhauer (frei. Sp.) wendet sich unter großer Unruhe der Rechte gegen die Kommissionsbeschlüsse. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne im einzelnen unverständlich.

Abg. Dr. Paasche (natl.): Ich gehöre zu denjenigen Nationalisten, die nicht für alle Einzelheiten der Kommissionsbeschlüsse stimmen können. Diese Bestimmungen werden einen Keil zwischen Industrie und Landwirtschaft treiben. Hoffentlich kommt die dritte Lesung Bestätigung zu Tage. (Lärm rechts: Nein, nein). Eine Ausnahme, die die Regierung diesen Beschlüssen zuzulassen könnte, ist ausgeschlossen. Da jetzt keine Möglichkeit vorliegt, Änderungen durchzuführen, werde ich mit einigen Freunden heute für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. (Zuruf links). Wir wünschen das Zustandekommen eines Gesetzes zum Nutzen der Volksernährung. Wir wollen deshalb abwarten, ob die Regierung ihren jetzigen Standpunkt wahrnimmt. (Stürmisches Gelächter). Ein Theil meiner Freunde wird aber schon heute gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen. (Lärm andauerndes Gelächter).

Von den Konservendebatten wird mit Unterstützung der National-Liberalen und des Zentrums ein Schlussantrag eingebracht.

Abg. Singer (Soz.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Antrag. (Lärm rechts: Psst! Insaft!).

Der Schlussantrag wird darauf mit 195 Stimmen gegen 89 Stimmen angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die diskutierten Paragraphen. — § 1 wird einstimmig angenommen. Die zum § 2 gestellten Änderungsanträge abgelehnt.

Die Abstimmung über § 2 im Ganzen ist auf Antrag Singer einstimmig.

An der Abstimmung haben sich 284 Mitglieder betheiligt. Mit Ja haben 209, mit Nein 75 gestimmt. § 2 ist also mit 209 gegen 75 Stimmen angenommen.

Es folgt die Abstimmung über die §§ 14a—d. Die Abstimmung über § 14a ist einstimmig.

§ 14a wird mit 168 gegen 99 Stimmen bei zwei Stimmenthalungen angenommen. Auch die §§ 14b—d werden nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Darauf sind die Anträge Albrecht (Soz.) und Genossen erledigt. Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr.

Dreuziger Landtag

Berlin, den 9. März 1900.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die Beratung des Kultusetats fort. Die Verhandlungen verliefen im Gegenfatz zu gestern und vorgestern sehr still. Wäre nicht von Professor Birchow der Fall des gemästeteten Pastors Weingart in Osnabrück, der die lapidare Aufsehtung der Todten zu bezeugen sich erkauft hat, zur Sprache gebracht worden, so hätte es überhaupt an einem Gegenstand allgemeinen Interesses gefehlt. Minister Stude gewinn sich immer mehr die Herzen der Wähler. Die Berührung des Falls durch Professor Birchow, der nicht im Geruch der Heiligkeit steht, beunruhigte ihn „unsympathisch“. Er nahm die Osnabrücker frommen Herren, die den Kaiser aus seinem Amte entsetzt haben, in Schutz und erklärte das Urteil der selbstständigen Disziplinardivision für rechtskräftig und unanfechtbar. Wenn ein hohes Landeskonfessorium geiprochen hat, dann hat der Landtag, in dem Katholiken, Juden und Heiden sitzen, über diese innere Angelegenheit der hannoverschen Landeskirche zu schweigen. Geschwiegen wurde aber nicht, sondern sehr lange oebarrt, ohne daß irgend etwas dabei herausgekommen wäre. Zwei Vertreter, der konservative Pastor Schall, der die positive schwarze Nuance und der nationalliberale Pastor Hackenberg, der die hellere Nuance vertritt, gestritten dabei aneinander. In dem erbitterten Streite um den Begriff „evangelisch“, erwies sich Herr Hackenberg seinem Amtsbruder aus Gladow rednerisch bedeutend überlegen. Freilich tritt er, wenn er aus der Bewegung, die der Fall Weingart hervorgerufen hat, ein Gewachen des protestantischen Bewusstseins und eine Stärkung des evangelischen Glaubensbewusstseins folgt. Wir sehen in der kläglichen Geschichte nur ein Symptom für die innere Zerfegung der protestantischen Kirche. — Aus den weiteren Verhandlungen war nur noch die Anregung des nationalliberalen Abgeordneten Beumer erwähnenswert, das Examen bei der Verehlung von Unter- nach Obersekunda, diese Schritte der letzten Schulreform, wieder abzuschaffen. In anderen Kulturländern ist dieses Examen, das den ganzen Unterricht schädigt und zur mechanischen Abnutzung auf die Prüfung macht, unbekannt. Nur in Deutschland wird unermüdlich geprüft, und die Vielgeprüften die glücklich durch alle Examina hindurchgekommen, sind doch nicht klüger als die Nichtgeprüften in anderen Ländern. Aus der Erwiderung des Ministerdirektors Aichhoff ging hervor, daß die Verehlung dieses Examen zu erwarten ist.

Morgen geht die Beratung des Kultusetats weiter.

Parlamentarisches.

Die Unfallversicherungs-Kommission beschäftigte sich am Donnerstag mit der Frage, in welcher Weise die Ärzte bei Feststellung der Renten zugezogen werden sollen. Die Sozialdemokraten hatten den Antrag gestellt, daß vor jeder Rentenfestsetzung der den Verletzten behandelnde Arzt zu hören sei. Sie führten eine Reihe von Fällen an, in denen die Untersuchung des Verletzten durch einen ganz fremden Arzt erfolgt sei und zu einem durchaus falschen Gutachten geführt habe. Es sei naturgemäß, daß gerade der behandelnde Arzt hat am ehesten ein Urteil über den Umfang einer Verletzung und deren Folgen für die Erwerbsunfähigkeit des Verletzten bilden könne. Diesen Ausführungen wurde von allen Seiten zugestimmt. Selbst der Ministerdirektor von Schider bemerkte, daß naturgemäß der behandelnde Arzt das erste Gutachten ausstellen sollte. Auch von den anderen Parteien wurde diese Ansicht geolligt. Für den Fall jedoch, daß der behandelnde Arzt in einem Vertragsverhältnis zu der Genossenschaft steht, verlangen die Sozialdemokraten, daß der Verletzte berechtigt sein solle, auf Kosten der Genossenschaft sich ein Gutachten eines anderen Arztes zu verschaffen. Eine solche Maßnahme sei notwendig, da die sogenannten Vertrauensärzte der Genossenschaften in weiten Kreisen der Arbeiter als nicht unparteiisch angesehen werden. Auch dieser Antrag wurde im Prinzip als gerechtfertigt anerkannt. Nur der freikonserervative Abgeordnete Wamp fürchtete, daß die durch die zweite ärztliche Untersuchung verursachten Kosten zu groß seien. Ein drittes sozialdemokratisches Mitglied erwiderte, daß der volle Wortlaut des ärztlichen Gutachtens, sowie die Protokolle über die patungsendene Unfalluntersuchung abschrisftlich dem Verletzten zuzustellen seien. Da das ärztliche Gutachten die Grundlage für die Festlegung der Renten bilde, so müsse der Arbeiter unbedingt alles wissen, was

der Arzt über seinen Gesundheitszustand ausgelegt habe, um eben für die nötigen Beweismittel sorgen zu können. Gegen diesen Antrag wurde ein Doppeltes eingebracht. Erstens würden die Ärzte nicht frei ihre Meinung über den Zustand des Kranken aussprechen, wenn sie sich fürchten müßten, daß ihr Gutachten zur Kenntnis des Verletzten gelangen würde, wiewohl es eine pätere gegen den verunglückten Arbeiter, der aus dem Gutachten vielleicht erfahren müßte, daß sein Zustand hoffnungslos sei. Die Sozialdemokraten weisen darauf hin, daß ja auch der von seinem Arbeitgeber abhängige Arbeiter in einem Gerichtsverfahren gezwungen ist, unter seinem Eide die genaue Wahrheit zu sagen ohne Rücksicht darauf, ob er sich dadurch eine Verurteilung zuziehe. Um so mehr müsse man von einem Arzt verlangen, daß er, ohne Rücksicht auf irgend eine Seite zu nehmen, sein Gutachten der Wahrheit gemäß abgebe. Für den Arbeiter aber sei es besser, daß er sich über seinen Gesundheitszustand keinen falschen Hoffnungen hingebende, daß aber mit allen ihm zu Gebote stehenden Rechtsmitteln die ihm gebührende Rente zu erhalten suche.

Nach langen Verhandlungen schlug schließlich das Zentrum einen Vermittelungsantrag vor, durch welchen die schlimmsten jetzt bestehenden Verhältnisse auf diesem Gebiete beseitigt werden sollen. Die untere Verwaltungsbekörde, die einem schon früher gefassten Beschlusse gemäß seit dem Beginn eines jeden Geschäftsjahres die Rente hören muß, wurde jetzt verpflichtet, auf Verlangen des Verletzten ein Gutachten des behandelnden Arztes einzuziehen. Um aber der Besorgnis des Herrn Abg. Wamp, daß dadurch die Berufsgenossenschaften zu sehr belastet werden könnten, Rechnung zu tragen, wurde vorgelesen, daß die Kosten für das zweite Gutachten unter gewissen Umständen dem Arbeiter auferlegt werden können. Obgleich von den Sozialdemokraten betont wurde, daß durch die Annahme des Zentrumsantrages für die alleseitig als gerechtfertigt anerkannten Beschwerden eine genügende Abhilfe nicht geschaffen werde, so wurden doch sämtliche sozialdemokratischen Anträge abgelehnt und der schwächliche Vermittelungsantrag des Zentrums angenommen.

Ein anderer Weg, auf dem das Zentrum den Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen sich bemühte, wurde empfohlen durch den Antrag, daß bei Beginn eines jeden Geschäftsjahres das Schiedsgericht aus der Zahl der einheimischen Ärzte gewisse Ärzte auswähle, welche als Sachverständige bei den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht in der Regel zuzuziehen sind. Den zugezogenen Sachverständigen muß zur Abgabe ihres Gutachtens Entschädigung in die Aktien des Schiedsgerichts und der Berufsgenossenschaften gewährt werden. Diesem soll den Arbeitern die Möglichkeit gegeben werden, sich in jedem Augenblick des Verfahrens eventuell während der mündlichen Verhandlung vor dem Schiedsgericht auf das Sachverständige Gutachten eines von der Berufsgenossenschaft unabhängigen Arztes zu berufen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

In einer der früheren Sitzungen hatten die sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder an die Regierung die Frage gerichtet, ob ein Verletzter, welcher von einer Berufsgenossenschaft einer Heilanstalt überwiesen worden ist, das Recht habe, sich auf seine Kosten von einem Arzt seiner Wahl behandeln zu lassen. Diese Frage wurde verneint. Jetzt brachten die Sozialdemokraten einen Antrag ein, welcher in jenen Fällen den Verletzten die Freiheit unter allen Umständen wahren soll, auf seine Kosten sich von einem anderen als dem Anstaltsarzte behandeln zu lassen. Auch war für diesen Fall die Behandlung seitens der Ärztinnen vorgelesen. Hierbei wurde die Frage erhoben, ob die Verabgierung der Zulassung auswärts approbierter Ärztinnen auf das Reichsamt des Innern zurückzuführen sei. Falls diese Annahme nicht durch eine Erklärung des Regierungsvertreters als unrichtig erwiesen würde, würden die Sozialdemokraten bei passender Gelegenheit einen Antrag einbringen, durch den die Zulassung solcher Ärztinnen außer Zweifel gestellt werde. Von der Regierung wurde eine Antwort nicht ertheilt.

Partei-Angelegenheiten.

Partei-Presse. Aus der Redaktion der „Mannheimer Volksstimme“ scheidet außer dem Genossen Jaech, an dessen Stelle Gen. Eichhorn-Dresden tritt, auch der Genosse Herzberg am 1. April aus.

Gegen die Flottenvorlage fanden Protestversammlungen statt in Danau, Verja, Kellau, Braunschweig, Kamburg a. S., Pamelin, Haderstedden und Ueterien Im Großherzogthum Sachsen-Weimar verbereiten unsere Genossen, da ihnen alle Versammlungen verboten werden, am Sonntag ein Flugblatt gegen die Flottenpolitik. Auch in Stuttgart, dem Sitz des „Vulkan“, fand eine große Protest-Versammlung unter Anwesenheit zahlreicher Arbeiter des „Vulkan“ statt. Einmütig wurde die vorgeschlagene Protestresolution angenommen. Der Gauvornand der Sozialdemokratischen Partei Südbatens hat am Sonntag sieben Protestversammlungen, und zwar in Erding, Freising, Landsberg, Großkarolinenfeld, Lechhausen, Kaufhausen und Neamtngen veranstaltet, die sämtlich gut besucht waren. Eine für Bismarck (Eich) angelegte öffentliche Versammlung, in welcher Genosse Bögle-Strasbourg über das Thema: „Die Flottenvorlage und die Parteien des deutschen Reichstages“ sprechen sollte, ist durch Vereisung des Bezirkspräsidenten des Unterfahs verboten worden. Und das im Wahlkreise des Prinzen Hohenlohe, dessen ordnungstreue, friedliebende Bevölkerung das „Reichsland“, noch vor wenigen Tagen im Reichstage nicht genug loben konnte!

In der Verleumdungsklage des Dr. Vitzgen gegen den Sozialdemokraten Bredendend stand am Dienstag Termin vor dem Schöffengericht in Dortmund an. Bredendend hatte Vitzgen zu beschuldigt, 93 Mk., die er für Zeugenaufnahmen empfangen, für sich behalten zu haben und Vorwürfe bei einer Agitationstour durch Sachsen an mehrere Orten erhoben zu haben, obwohl er die Zulage erhalten habe, daß ein Dresdener Komitee die Kosten der ganzen Tour decken werde. Das Gericht hat es abgelehnt, auf den von Bredendend angebotenen Beweismitteln einzugehen. Es wurde nach dem „Vorw.“ nur erwidert, ob Bredendend bona fides gehandelt habe. Das Urteil wird erst am 13. März verkündet werden.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Wegen Majestätsbeleidigung wurde in Freiberg ein Lehrer der Gemeinde Zschadow zu 2 Monaten Festung verurtheilt.

Wegen Majestätsbeleidigung ist ein Arbeiter in Schönebeck denunziert worden. Ihm ging von einem dortigen Kaufmann folgendes Schreiben zu: „Es wird Ihnen wohl noch bekannt sein, daß Sie am 17. Juni 1899 in meinem Geschäftslokal unter vier Zeugen verschiedene Äußerungen erklärten, die sich auf direkte Majestätsbeleidigung beziehen. Ich werde die Sache jetzt bei dem Staatsanwalt weiter verfolgen lassen.“ Der Grund dieser Anklage ist darin zu suchen, daß der betreffende Arbeiter bei dem Kaufmann nicht mehr kaufte.

Ua aus der Zwangserziehung ins Gefängnis zu kommen, beging ein Knabe, Hansgold Berger in Fiegingen (Baden), eine Majestätsbeleidigung. Berger war aus der Zwangserziehungsanstalt Fiegingen entpungen. Als er dortum wieder zurückgeführt werden sollte, lies er eine grobe Majestätsbeleidigung aus, infolge der er ins Amtsgefängnis gebracht wurde. — Der Fall wurde einmal die Sinnlosigkeit der Majestätsbeleidigungs-Vorschriften, dann aber auch die Zustände in einer Zwangserziehungs-Anstalt. —

Zur Einsegnung!

Für Confirmandinnen.
Reinwollene Kleiderstoffe
weiss, alfenbeinfarbig oder schwarz.

Motiv v. 1,55 Mk. an. Motiv v. 1 Mk. an.

Fertige Costumes

in den modernsten Façons u. sauberster

Ausführung von 12,50 Mk. an.

Leibwäsche,

Hemden, Beinkleider, Knicker-Böcker, Unterröcke, Corssets etc.

Für Confirmanden.
Confirmanden-Anzüge

in allen Grössen; schwarz oder dunkelblau von 14 Mk. an.

Oberhemden,

sowie Chemisettes, Kragen, Manchetten, Cravaten, Knöpfe etc.

Tricotagen,

ferner Hosenträger, Gamaschen, Handschuhe, Hüte etc.

Schulter-Kragen u. Tücher, Spitzen- u. gestickte Taschentücher.

Stoff-Collectionen und Kataloge kostenfrei. Franco-Versand aller Waaren im Werthe von 20 Mk. an.

Julius Kenel vorm. C. Fuchs

Kaiserl. u. Kgl., Kgl., Kgl.-Präl. und Fürstl. Hoflieferant, **BRESLAU, Am Rathhause 24-27.**

!! Zur Confirmation !!

Für Mädchen	Für Knaben
Lackschuhe 2.00	Halbschuhe 3.50
do. mit Spangen 2.50	hohe Gamaschen 5.00
elegante Halbschuhe 3.50	befehlte „Handarbeit“ 6.25
hohe Stiefel 5.00	Schnürstiefel 5.00
hohe Stiefel mit Lack 6.00	elegant, federleicht 6.00

Ludwig Herz, Breslau,

Blücherplatz 4.

Weltbekannt durch unübertroffene Güte, feinst. Aroma u. mild. Geschmack sind un. fast frisch rationell geröst.

Kaffees für Feinschmecker,
d. Bfd. 120, 140, 160-180 Bfd.

Mohlschmeckerde, gute kräftige Präparationen, das Pfund 60, 70, 80, 84-100 Bfd.

Kohorten größte Auswahl entsprechend blüthen. Malakaffee, d. Bfd. 25 Bfd. Schar. Getreidekaffees, das Pf. 12 Bfd. Feinstes weißes Harin, das Pf. 25 Bfd. Kaffee aller Sorten, d. Bfd. 26-27 Bfd. Guter Arabica, d. Bfd. 27 Bfd. Cacao, rein, Pf. 120-180 Bfd. Kartoffelmehl, d. Bfd. 18 Bfd. Prompter Versand nach Ostpreußen.

Schlesische Kaffee-Rösterei
C. G. Müller, Poststr. 4.

Einzelne: Schloßstr. 4 nahe am Stadtgraben
Abtheilung I, Schloßstr. 14.

Verkauft werden: bei Herrn P. Fischer, Gräbchenstr. 75 u. 77, H. Heinzelmann, Bohrerstr. 30, gegenüber der Schloßstr. 5799.

Breslaus größte und billigste

Möbel

Wer sich der Annehmlichkeit theilhaftig machen will, **Möbel auf Abzahlung** ebenso billig zu kaufen, wie gegen baar, der wende sich vertrauensvoll an Breslaus größten Abzahlungsbazar von S. Osswald, nur Schuhbrücke 74. Besonders empfehlenswerth für

Brautausstattungen,

Bettstellen u. Matratzen, Schränke, Verticows, Nachtkästle, Waldtische, sehr u. mittler, Spiegel, Tische u. Stühle, Sofas, Divans und Plüsch-Garnituren. Grosse Auswahl Kinderwagen, Gardinen, Teppiche und Tischdecken.

Anzüge für Herren u. Knaben, Mäntel für Damen u. Mädchen, Ueberzieher, Hosen u. Westen, Jaquetts, Umhänge, Blousen.

Manufacturwaaren,

besonders Kleiderstoffe, Flanelle, Leinen, Damast, Bettzeug, Handtücher etc.

Abzahlung

S. Osswald, Waaren-Credit-Geschäft,

Breslau, Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage.

Anzahlung ein kleiner Theil. — Kunden ohne Anzahlung. — Aufsicht gern gestattet. Beamte erhalten Credit, auch nach außerhalb; event. ohne Anzahlung.

Schuhbrücke 74, I. u. II. Etage, gegenüber dem Haupteingang der Magdalenenkirche.

Für Personen in jedem Alter!
Vom Säugling aufwärts!

Bleichsucht! **Bleichsucht!**

Dr. med. Theuer's
blutbildendes Nährpräparat
das Blut mit

Nähr- und Kräftigungsmittel

Bleichsucht, Magere, Magenkrankh.
Ein Esslöffel Hämoglobin-Albuminat enthält mehr Nährstoff als ein halbes Pfund Fleisch. Bleichsucht, Magere, Magenkrankh. sind die Folge von Blutarmuth.

Prof. Dr. Weissner, **Polizei-Chemiker**
Führer des Kaiserl. Reichsanwaltschafts, **Dr. Aufrecht: Hämoglobin-Albuminat** ist ein reines, natürliches, leicht verdauliches, blutbildendes, kräftigendes, gesundheitsförderndes Mittel.

In den meisten Apotheken 1 Glasche Mk. 2,50.

Arme Personen bedenkende Preisermäßigung im Laboratorium, Breslau, Sedowastr. 80, Hof.

Langenbielauer Leinwand-Haus

Zulets, Züchen, Gardinen, Wachseleinwand auf Eisen, Arbeiterhosen und Hemden, selbst gew. Blousen, schwere Strümpfe etc., alle zu Fabrikpreisen.

G. Völkel, Friedrich-Wilh.-Str. 20

„Wohlfahrt“.
Krankenkasse für ganz Deutschland
zu Berlin E. H. 135.

Staatlich genehmigt für das ganze Deutsche Reich und unter Kaiser-Oberaufsicht.

Seit 1880 — Solide Grundlage. — Günstige Versicherungs-Bedingungen. — Strenge Verwaltung. — Solide Vermögenslage. — Hohes Kranken- und Sterbegeld. — Unentgeltlich jede gesunde Person im Alter von 14 bis 55 Jahren versichert.

ohne ärztliche Untersuchung.

zum Eintritt ladet ein und jede weitere Auskunft ertheilt gern.

Die Subdirection für die P. ovinz Schlesien.
Adolf Fischer,
Breslau, Adolfsstr. 9.

Agenten gegen hohe Provision jederzeit gesucht.

Kinderwagen

Kindersitzwagen
zu auffall. billigen Preisen

B. Suchantke

Breslau, Ohlauerstr. 13, ptr., 1. u. 2. Etg.

Kinderwagendecken sehr billig. Reisekörbe, sowie alle Gebrauchs- und Luxusvorwahren in größter Auswahl billig.

Zur Confirmation

Complete Anzüge in allen Stoffarten und nur reeller Ausführung empfehle ich von 5-20 Mk.

Eduard Freund,

jetzt nur **Neuschestrasse 52.**

Mein Geschäft befindet sich nicht mehr Gasse Hinterhäuser, sondern jetzt **140 nur 52, Neuschestrasse 52, geradeüber der Kalinke'schen Seifenfabrik**

Robert Schupf
Hutmachermeister
Nikolaistr. 34, Ecke Markt

Herren-Hüte
nur beste Qualitäten in größter Auswahl zu billigsten Preisen. Bitte genau auf Firma zu achten.

Parlamentarisches.

Unfallversicherungs-Kommission. Am Freitag wurden die Paragrafen erledigt, welche sich auf die Schiedsgerichte beziehen. Nach einer von der Regierung vorgeschlagenen Fassung soll das Schiedsgericht befugt sein, den Beteiligten Kosten des Verfahrens zur Last zu legen, welche durch Muthmaßung oder durch ein auf Verschleppung oder Verletzung berechnetes Verdicten verursacht worden sind. Diese Aenderung ist aus dem Grunde eine herbe Ungerechtigkeit gegen die Arbeiter, gegen die durch die Berufsgenossenschaft herbeigeführte Versicherung bei der Feststellung der Renten die Arbeiter ganz wehrlos sind. Wenn aber die Arbeiter in den Verhandlungen irgend einen Antrag zu stellen, um die Sache zu verschleppen, dann sollen Aufzählung eines Theils der Kosten bestraft werden. Die Kommission bekämpft auch diese Aenderung und führt eine Reihe von Gründen an, welche die vorgesehene Maßregel als ungerechtfertigt erscheinen lassen. Das Gesetz besteuere bis jetzt noch nicht vorgekommen, wenigstens könnten der Fälle von der Regierung nicht angeführt werden. Es liegt kein Grund vor einer derartigen Bestimmung vor. Außerdem enthält das Gesetz so viele Verfügungen gegen das Recht der Arbeiter, daß letztere in vielen Fällen, in denen sie eine nicht verlangen können, nicht zu begreifen vermögen, daß dies sei und deshalb immer wieder von neuem Versuche zu machen, ihr Recht zu erlangen. Diese Versuche werden von den Schiedsgerichten als Verschleppung angesehen, während die Arbeiter einzig und allein das Ziel im Auge hätten, ihr Recht zu erlangen. Als Beispiele wurden solche Fälle angeführt, in denen, wie es sich später herausstellte, die Arbeiter arbeitsunfähig waren, auf Grund eines Zeugnisse von Ärzten und vom Schiedsgericht angeordnet wurden. Der beantragte Aenderung nicht nur mit den Umständen abgewiesen, sondern noch durch Aufzählung der Kosten bestraft werden, daß sie für die Erlangung der Renten seien. Endlich sei die Aenderung auch geeignet, die Arbeiter von den Anträgen an das Schiedsgericht zurückzuführen, in denen ihre Anträge könnten als frivol angesehen werden und dadurch Kosten verursachen. Die bürgerlichen Parteien jedoch es für nicht angebracht, daß sich irgend ein Fall ereignete, in dem die Arbeiter thätig als Mithilfen zu dem an das Schiedsgericht stellen. Für solchen Fall dürfte keinen Umständen Kostenfreiheit bestehen und deshalb wurde von der Regierung beantragte Verschlechterung angenommen. Grundsätzlich, daß das Verfahren vor dem Schiedsgericht unter Umständen für die Arbeiter kostenfrei sein soll, ist also vorüber.

Das Verhältnis der Rechtsanwälte zu den Schiedsgerichten durch einen Zutrittstransport behält, welcher einen festen Satz für die Bezahlung der Rechtsanwälte in Klagen vor dem Schiedsgericht vorseht. Sowohl von den Ultramontanen als auch von den Freisinnigen und Sozialdemokraten wurde betont, daß eine solche Regelung durchaus notwendig sei. Nach den heutigen Verhältnissen könnte ein Arbeiter, der für eine Klage vor dem Schiedsgericht die Hilfe eines Rechtsanwalts in Anspruch nehmen, jederzeit verklagt werden und müßte dann das für Privatprozesse sehr hohe Honorar bezahlen. Jedoch war der in dem beantragten Antrag vorgesehene Satz den Sozialdemokraten zu hoch verlangt, daß das Honorar niemals höher als 20 Mk. sei, daß ferner ausdrücklich ein höheres Honorar auf Grund Sondervertrages verboten und die Frage des Urmessens gelassen werden müsse.

Darin waren alle Parteien und auch die Vertreter der Regierung einig, daß in vielen Fällen die Hinzuziehung eines Anwalts zu den Verhandlungen vor dem Schiedsgericht durch die Mithilfen notwendig sei. Wenn ein Verstand für den Arbeiter nicht erziehe, so könne ein mit den Verhältnissen vertrauter Rechtsanwalt mehr nützlich sein, als ein Rechtsanwalt, der sich in diesen Sachen so gut wie gar nicht beschäftigt. Dies wurde von dem württembergischen Ministerialdirektor Dr. v. Schönerberger teils durch die Fälle, in denen ein Rechtsanwalt überaus selten. Würde nun aber ausdrücklich in dem Gesetz auf das Honorar der Rechtsanwälte beschränkt werden, so wäre zu fürchten, daß die Hinzuziehung eines Rechtsanwalts allmählich die Regel werden würde. Dies aber unbedingt zu vermeiden. Deshalb wählte man schließlich die Beschränkung der Bezahlung der Rechtsanwälte nicht durch das Gesetz, sondern durch eine kaiserliche Verordnung geregelt zu sein. Der ultramontane Antrag wurde mithin zurückgewiesen.

Arbeiterbewegung.

Der vierte internationale Textilarbeiter-Kongress ist am 16. bis 20. Juli d. J. in Berlin abgehalten worden. Die Arbeiter und Friseurgehilfen in Gethron, Gethron und Frankenthal (Pfalz) sind in eine Lohnbewegung eingetreten.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Künstliche Kohle. In den technischen Zeitschriften ist jetzt von einer Erfindung die Rede, die der Arbeiter Montag in Anspruch genommen hat. Die Sache ist jedenfalls für wichtig genug, um den Konflikt der Vereinigten Staaten in den Vereinigten Staaten zu veranlassen. In Amerika gesandt hat, er sich im Ganzen günstig über die Erfindung äußert, obgleich sie noch nicht für vollkommen erklärt. Wir erfahren folgendes: Es werden gewisse Ingredienzien mit Erde vermischt zu einer einheitlichen Masse verarbeitet, die als Brennstoff dienen soll. Diese Ingredienzien sind das Scheiteln des 100 Prozents der Zusatzstoffe sind in Mannheim zu kaufen, es wird aber nur etwa der 15. bis 20. davon zur Herstellung von einem Zentner künstlicher Kohle verbraucht. Einschließlich der Arbeitskosten und sonstiger Ausgaben die Herstellung von einem Zentner künstlicher Kohle 30 Pfennige stellen. Die künstliche Kohle ist von grauer Farbe und wird in Stücke von drei verschiedenen Größen zu einzelnen Stücken in hart und spröde und entzündend. Sie ganz oder zerbrochen in den Ofen geworfen werden, und brennen leicht. Um auch für industrielle Zwecke den Brennstoff verwendbar zu machen, sollen demnach größere Mengen von 10 Pfund hergestellt werden. Wir enthalten uns jedes Urtheils über diese Nachricht; es kann jedoch Niemand zweifeln, daß bei einer vollen Bewährtheit des Verfahrens die Erfindung von großem Interesse sein würde.

Aus aller Welt.

Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in der Kohlengrube bei Gethron. Beim Zerschlagen eines ausgebauteu Schachtes plötzliche Schwärzung des Gases durch, wodurch drei Arbeiter ums Leben kamen. Ein Brief soll trag sein. Mit dieser Aufschrift wurde ein Brief in Delft ein von einem polnischen Arbeiter, mit 30 Pf. frankierter Brief abgegeben, in dem die Bekanntheit der Post sofort einen „Eilbrief“ erforderte. Von einem modernen Dienstmädchen alles verlangt in der spanischen Zeitschrift „Vigil“ findet sich folgende Suche ein gut empfohlenes Mädchen für selbständige

getreten. Die Forderungen sind: Achtuhr-Adenschluß an Wochentagen, an Sonntagen um 1 Uhr Schluß, Minimallohn unter 18 Jahre 7 Mk und über 18 Jahre 8 Mk. Außerdem wird wöchentliche Lohnzahlung verlangt.

Die Arbeiter in Dresden werden zu einem größeren Ausstand gezwungen, da die Unternehmer den von den Arbeitern aufgestellten Tarif abgelehnt haben. Die Unternehmer haben sich einer Koalition angeschlossen, die mit aller Entschiedenheit die Forderungen der Arbeiter bekämpfen will.

Eine Rassenaußsperrung steht in Zuttlingen bevor. Dort hatten die jüdischen Arbeiter in den Fabriken ihre im Herbst sollen gelassenen Forderungen wieder aufgenommen. Die Arbeitgeber verweigerten rüchweg die Erfüllung der Forderungen. Die im Herbst eingeleitete Einigungs-Kommission vermochte sie so wenig umzustimmen, wie das als Einigungsamt zusammengetretene Gewerkschaft. Schon Freitag Abend hatten die Herren Ringfabrikanten sich durch Wechsel verpflichtet, sämtliche Arbeiter, wenn sie ihre Forderungen nicht zurückziehen, zu kündigen. Die Arbeiter der drei genannten Fabriken, hatten ebenfalls beschließen, zu kündigen. Bevor jedoch dieselben ihre Kündigungen einreichten, kündigten sämtliche Fabrikanten ihrem gesamten Personal, mit Ausnahme von zwei Fabriken, welche nicht dem Ring angehören. Die Kündigung läuft am 17. März ab; betroffen davon sind 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

Verwendung von Soldaten im Lohnkampf. Seit Montag streiken die Schmeibegerlei in Ulm. Ihre Forderungen sind recht bescheiden. Sie verlangen weiter nichts, als die Festsetzung der Arbeitszeit von Morgens 6 Uhr bis Abends 6 Uhr mit einer einstufigen Mittagspause, sowie einer 1/2 stündigen Vor- und Nachmittagspause. In einer Verfassung ist (trotz der „unzureichenden“ zweijährigen Dienstzeit) Militär zur Verfügung gestellt worden.

Als die rablen Herren zeigen sich jetzt im Zwickauer Revier die Grubenbarone. Wie gemeldet wird, sollen allgemeine Lohnhöhdungen aller Bergarbeiterklassen eintreten. Damit wollen die Herren wohl zeigen, daß sie gutwillig eine Lohnhöhdung gemähren, aber nicht durch Streik sie erzwingen lassen. Nun, schließlich ist die Lohnhöhdung indirekt eine Folge des Streiks, denn ohne den Streik wäre sie nicht erfolgt. Wahrscheinlich wollen die Herren aber auch ihre Preishöhdungen für Kohle berechtigt erscheinen lassen und man darf sicher sein, daß die Lohnhöhdung so gering ist, daß die Herren noch immer ein gutes Geschäft machen. Sie tragen die Kosten nicht.

Der Ausstand der Maler und Tüncher in Mainz umfaßt 300 Kunsthandwerker. Die Verhandlungen mit der Innung sind bisher ergebnislos gewesen, da den Arbeitern nur ein Minimallohn von 40 Pfennige vorgeschlagen wurde, während 42 Pfennige Minimallohn verlangt wurden. Bemerkenswert ist, daß sich auch die Maler der christlichen Gewerkschaft dem Ausstand angeschlossen haben.

Eine Berechnung, was die große Arbeiter-Außsperrung für Verlust verursacht hat, ist in der bairischen „Industrie“ aufgeführt. Während 13 Wochen waren 35,000 Arbeiter ausgeperrt, in den letzten beiden 50,000. Wenn man die Sonntage abrechnet, ergibt sich ein Verlust von 8 1/2 Millionen Arbeitstage. Die größten Streiks, der Schneistreik 1897 hat 33,000 Arbeitstage, der Malerstreik 1898 25,000 Arbeitstage gekostet, die Arbeiterausperrung in der Eisenindustrie 1897 100,000 Arbeitstage.

Lokales und Provinzielles.

Breslau, den 10. März 1900.

Die Lokalfrage und die Arbeiter.

Ein für die Arbeiter, die Wirthe und auch für die Brauereien recht lehrreiches Geschehen wird aus Halle gemeldet: In Halle war von der Militärbehörde ein Massenboykott, der auch dem Bürgerthum unbedeuten war, aber zahlreiche Lokale verhängt worden. Es war so weit, daß die Liberalen keinen Saal zu Versammlungen bekamen. Der nationalliberale Stadverordnete Rechtsanwalt Dr. Keil erklärte in einer Stadtorordnetenversammlung, um die Bürger zu beruhigen, der Höchstkommmandirende Generalleutnant v. Rennefeldt, der den Boykott verhängt habe, sei sich jedenfalls der Tragweite seiner Handlung nicht bewußt gewesen. Jetzt hat sich nun das Klärtchen gewendet. Der Kaiserpalast, das größte Lokal in Halle, welches die Ordnungsmänner nur gern allein benutzen möchten, hat schon wiederholt zu Streitigkeiten zwischen Brauereien und der sozialdemokratischen Partei geführt. Kürzlich ist unserer Partei der Saal wieder entzogen worden. Die Direktion der Halle'schen Aktienbrauerei, die den Kaiserpalast mit Bier versorgte, hat jetzt, um Hakeleien mit unserer Partei aus dem Wege zu gehen, dem Wirth der Kaiserfale, Herrn Meyer, die Bierlieferungen entzogen und die Direktion soll auch mit dem Gedanken umgehen, dem Meyer

die Hypotheken zu kündigen. Das Schönste ist nun aber, daß die sämtlichen anderen Brauereien, um Konflikte mit der Arbeiterklasse zu vermeiden, dem Herrn Meyer ebenfalls kein Bier liefern. Und so sind denn nur die Ordnungsmänner von den Brauereien boykottirt. Das mag schmerzhaft sein, aber es schadet ihnen nichts; vielleicht bekommen sie Bier von außerhalb. Die konservative „Hallsche Zeitung“ ist, was ja erklärlich erscheint, wüthend darüber und schreibt: „Herr Meyer ist in großer Verlegenheit, er kann kein Bier bekommen und die Sozialdemokratie ist die „unbedingte Herrscherin“ in Halle geworden.“ Dann fordert sie das „Bürgerthum“ zum einmüthigen Vorgehen gegen die Brauereien und den „Terrorismus der Sozialdemokratie“ auf.

Wenn die Brauereien und ebenso die Wirthe immer und überall in gleicher Weise zur Wahrung ihrer Interessen zusammen stehen wollten, würde es mit dem Militärboykott und vielen Polizeischarerereien bald vorüber sein. Die Arbeiter aber könnten hier lernen, wie sie es machen müßten, Brauereien und Wirthe auf den rechten Weg zu führen.

Die Lokalkommission hat ein Flugblatt herausgegeben, welches die augenblickliche Lage in Bezug auf die Lokalfrage beleuchtet. Dieses Flugblatt wird in der Expedition der „Volkswacht“ verausgabt und wollen die Gewerkschaftsvorsitzenden zwecks Vertheilung die Flugblätter dort in Empfang nehmen.

Die Versammlungen des sozialdemokratischen Vereins finden nach wie vor regelmäßig Montag Abends statt. In der Reihenfolge der an den Vereinsabenden stattfindenden Vorträge ist in Folge vorübergehender Verbindung einiger Referenten eine Veränderung eingetreten. Nach den jetzigen Dispositionen werden an den nächsten Vereinsabenden folgende Vorträge gehalten werden:

- 12. März: Das Unfallversicherungs-Gesetz. Genosse Hermann Zimmer.
- 19. „ Der Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Genosse Emil Reutirch.
- 26. „ Der Auslaß der Handelsbilanzen. Genosse Oskar Schütz.
- 2. April: Die Währungsfrage und die Sozialdemokratie. Genosse Berthold Neulander.
- 9. „ Vortrag des Genossen Max Korbitzke.
- 23. „ Vom Breslauer Gemeindehaushalt. Genosse Julius Brubns.

Der für nächsten Montag zugesagte Vortrag ist besonders im Hinblick auf die augenblicklichen Verhältnisse der Reichstagskommission sehr interessant und dürfte ein zahlreicher Besuch zu erwarten sein.

Das Arbeiter-Sekretariat Breslau ist im zweiten Monat seines Bestehens, im Februar von 342 Personen (297 männlichen und 45 weiblichen) in Anspruch genommen worden; im Januar von 268. Von den Auskunftsgehenden befanden sich 11 in selbständiger Stellung, 331 gehörten der Arbeiterklasse an, gewerkschaftlich organisiert waren 185, unorganisiert 159, 338 hatten ihren Wohnsitz in Breslau, 4 auswärts. Gegenstand der Auskunfts waren: Gewerbliches 75, Unfall 34, Invalidenversicherung 35, Krankenversicherung 33, Dienstbotenangelegenheiten 7, Miethsachen 21, Zivil und Strafsachen 59, Steuer 7, Armenunterstützung 4, Erbschaft 11, Alimentation 14, Arbeiterschutz 2, Gewerblichliches 10, ortspolizeiliche Vorschriften 6, sonstige Anfragen 24. Erledigt wurden durch mündliche Auskunft 267 Fälle, schriftlich 75; die Zahl der angefertigten Schriftsätze beträgt 89. — Das Arbeiter-Sekretariat (Messe-gasse 18/19) ist nur an Wochentagen von 11 Uhr Vormittags bis 1 Uhr Nachmittags und von 5 1/2 bis 7 1/2 Uhr Abends für das Publikum geöffnet. Die Auskunftvertheilung erfolgt an Jedermann unentgeltlich.

Reiche Leute in Preußen. Nach der letzten Veranlagung von 1899 waren in Preußen 6014 Personen, die ein Vermögen von mehr als 1 Million Mark hatten, gegen 5440 im Jahre 1897 und 5212 im Jahre 1896.

Alle und andere (sic!) Hauslichkeiten... mediamistisch und treue Anhängerin der geistigen Seele. Dieselbe findet bei einem alleinlebenden Ehepaar der besseren Kreise gute, liebevolle Aufnahme „Anerkannt“ u. s. w.

Die rheinische Militärbefreiungsangelegenheit greift bereits ins wessentliche Gebiet über. Auch in Siecle sind am Mittwoch zwei Edone begüterter Delinquenten festgenommen und ins Oberfelder Gefängnis überführt worden, andere gegen hohe Kautionsummen auf freien Fuß gesetzte Personen wurden in den letzten Tagen wieder inhaftirt. Der Prozeß beginnt am 15. März vor dem Oberfelder Landgericht. Er wurde wegen seines gewaltigen Umfangs in mehrere Theile eingetheilt.

Sittlichkeitsverbrechen. In Niederad bei Frankfurt a. M. hat eine Ordnungsmähdin, die fleißig zur Kirche geht und auch für eine neue Kirchensteuer eingetreten ist, ein neunjähriges Mädchen mißbraucht. Die Mutter fand bei der Untersuchung des Kindes nach die blutigen Spuren der Vergewaltigung. Als die Sache richtbar wurde, bot der Verbrecher der Frau erst 20, dann 300 Mark Schweigegehalt. Die Frau will die Sache aber zur Anzeige bringen. Bis jetzt befindet sich der Völling noch auf freiem Fuß.

Billige Stiefel. Aus Koburg wird berichtet: Auf eine Annonce in einer Berliner Zeitung bestellten sich mehrere Fabrikarbeiter der Porzellan-Fabrik „Alexandrinental“ 15 Paar „abgetragene Militärstiefel“ zu 17 Mark. Die Waare kam an und zeigte sich denn auch „abgetragen“ im wahren Sinne des Wortes, wie man sie schoner nicht auf der Landstraße auflesen kann, meist ohne Abgabe, mit durchgelassenen Sohlen, das Oberleder gerissen u. s. w. Kein einziges Paar war zu gebrauchen. Das Schönste an der Sache ist, daß solche Schwindelereien gar nicht bestraft werden können, da die Waare, wie obiger Fall zeigt, der Bestellung gemäß ausfällt.

Die bayerische Hofe. Das „Vaterland“ erhebt in seiner neuesten Nummer ein entsetzliches Begehren über die „dunkelblau melierte Hofe“, die jetzt in Bayern an Stelle der hellblauen Hofe treten soll. Wörtlich heißt es in dem Artikel: Die Herstellung der blauen Hofe zu Gunsten der preussischen führt zur Entfremdung zwischen Herrscherhaus und Volk.

Ein häßliches Verbrechen. das an die Verstorbenen in der Siegesallee in Berlin erinnert, ist in Nürnberg verübt worden. Die im Korridor des altherwürdigen Rathhauses hängenden zwölf lebensgroßen Portraits der Kaiser des Deutschen Reiches sind am Donnerstag von Puppenhand ganz durchschnitten worden. **Schriftlicher Formalismus** führt mitunter zu recht merkwürdigen Fiktionen. So wird in der amtlichen „Wiener Zig.“ ein am 20. Juni 1776 geborener Mann, der vor unbedenklichen Zeiten seine Heimathsgemeinde verlassen hatte und seitdem verschollen ist, in einer Erbschaftsangelegenheit aufgeführt, sich bis 15. April 1901 zu melden, widrigenfalls seine Todeserklärung ausgesprochen wird. Man wird mit einigen Chancen werten dürfen, daß der Mann nicht kommt.

Sum Brand des Théâtre français wird noch gemeldet: Von den 17 verwundeten Personen sind ein Offizier und ein Feuerwehrmann schwer verletzt. Die Untersuchung über die Ursache der Feuersbrunst hat ergebnislos zu dem Ergebnis geführt, daß die Zentralheizung den Brand herbeigeführt hat. Eine dieser Röhren soll verstopft gewesen sein, wodurch sich entzündbare Gase gebildet haben, die durch irgend einen Zufall zur Explosion gelangt sind.

Grubenunglück. In Folge ausströmender Gase sind in dem Kohlenbergwerk von Trebus zehn Arbeiter erstickt. Zwei Leichen wurden bereits herausbefördert.

In Folge von Schneeverwehungen ist nach einer Meldung aus Tilsit auf der Gruninschen Heerstraße der Verkehr seit mehreren Tagen eingestellt.

Zu dem geheimnißvollen Leichenfund in Cherfon wird weiter gemeldet: In dem sechs einbaufürmigen Kinderleichen gefunden wurden, sind jetzt noch zwei weitere Kinderleichen entdeckt worden. Die verhaftete Besitzerin des Hauses leugnet jede Schuld. Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß das Verbrechen erst kürzlich verübt wurde.

Den theuersten Mantel, der je in der Konfektion gemacht wurde, hat Mrs. Vanderbilt aus New-York bestellt. Sie hat sich ein Jockelcar machen lassen, welches 150,000 Mk. kostet. Dasselbe ist aus feinsten überreichen Jockelstoffen hergestellt. Nur um diese kleinen Felle, die mit äußerster Sorgfalt zusammengeheftet werden müssen, um gleiche zu erhalten, herbeizuführen, hat die betreffende Firma, die den Auftrag erhalten hat, Reisen nach New-York, London, Paris und Rußland unternommen lassen müssen. Gefürtet ist das Cape mit weißer Brokatseide. Mit der Anfertigung ist eine Wiener Firma betraut. — Und derweilen darben Tausende armer Menschen in derselben Stadt, die vom Untergange gerettet werden könnten durch einen Bruchtheil der hier verschwendeten Summe.

Die Pest in Indien. Die Pest nimmt fürchterliche Dimensionen an. In dieser Woche sind in Kalkutta bereits 400 Fälle verzeichnet. In Marseille ist Quarantäne errichtet.

erwünschte Anlehnung an das bisherige vielgestaltige Güterrecht aufrecht, um nicht in bestehende Verhältnisse eingreifen zu lassen. Natürlich hat der gesetzliche Güterstand den Vorzug, daß seine Geltung gegenüber jeder Ehe ohne weiteres Platz greift, während die anderen Formen zu ihrer Geltung einer jeweiligen Vereinbarung zwischen den Ehegatten bedürfen, also ein übereinstimmender Wille über Festlegung dieser Art zu Grunde liegen muß. Ein solcher Wille aber auf der Seite dessen, dessen Rechtsstellung im Vergleich zum gesetzlichen Güterstand eine Verschlechterung erfahren soll, nur selten vorhanden sein. Auch verlangt das Gesetz zur Gültigkeit des getroffenen Abkommens oder, wie es gesetzlich genannt wird, Ehevertrages, die Verlautbarung desselben vor dem Amtsgericht oder dem Notar. Darum ist die Annahme berechtigt, daß es die Ehegatten in der weitüberwiegenden Mehrzahl der Fälle bei dem normalen Güterstande bewenden lassen werden und nur in den dringlichsten Fällen zu einer anderweitigen Regelung gezwungen werden wird. Bei der ihm daher zukommenden Bedeutung werden wir ihn in einer Reihe von Folgeartikeln in möglichster Ausführlichkeit zu besprechen haben.

Eine wichtige Frage bildet nun die gesetzliche Behandlung der bereits vor dem 1. Januar 1900 geschlossenen Ehen. Es war bei der Anzahl der bisherigen Güterordnungen (es wurden an Hundert in Deutschland geschloffen) nicht gut möglich, das neue Recht gegenüber bestehenden Ehen sofort zur Anwendung zu bringen. Darum sind sie von der Herrschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches ausgeschlossen. Um aber nun das alte Recht nicht noch womöglich mehrere Generationen hindurch fortwirken zu lassen, haben sämtliche deutschen Einzelstaaten in ihren Ausführungs-Gesetzen den Übergang zum neuen Rechte normiert. Diese Bestimmungen unterscheiden sich durch den gemeinsamen Grundzug: das im Einzel bestehenden Güterrecht wird kraft Gesetzes durch eine der ihm am nächsten stehenden Güterordnungen des neuen Gesetzes ersetzt. Die unter dem alten Recht in Ertrungenschaftsgemeinschaft begründete Ehe (Baden, Württemberg und andere) setzt sich in der Ertrungenschaftsgemeinschaft des Bürgerlichen Gesetzbuches fort. Weithin wird das in Mecklenburg geltende gemeine Güterrecht (sog. Dotalsrecht) als Gütertrennung fortwirken. Doch ist bei diesen Ehen von einer Gütertrennung oder notariellen Verlautbarung des Ehegattens, wenn er von dem Normungsgesetze des neuen Gesetzes verschieden ist, mit den bestehenden Rechtsbeziehungen in ihrem Bestande, soweit möglich, gewahrt geblieben. Es kann sich aber ergeben, daß Ehegatten sich mit dem ihnen solcher Art aufgewungenen Güterrecht nicht zufrieden geben, indem sie gewisse ungewünschte Sonderbestimmungen desselben, etwa die geminderten Vorzugsrechte des Ehemannes, ausgeschlossen wissen wollen. Hierauf ist besonders Bedacht genommen und ihnen die Ausübung dieser Befugnis erleichtert. Wollen sie etwas anderes für sich festlegen, so haben sie den Vertrag zwar in der vorgeschriebenen Form zu vollziehen, sind aber von den sonst zu erhebenden Stempel- und Gerichtsgebühren befreit, wenn sie die Vereinbarung noch während des Jahres 1900 treffen. So haben Preußen und Bayern bestimmt. Die Befugnis, sich durch Ehevertrag dem gesetzlichen Güterstande zu entziehen, ist für bestehende Ehen auch für die Rechtsgebiete für zulässig erklärt, in denen wie nach bairischem Landrecht und Code civil ein Ehevertrag bisher verboten war.

Soziale Uebersicht.

Eine amtliche Lohnstatistik, so wird in dem Beibehalten des preussischen Finanzministers ausgeführt, giebt es in Deutschland nicht, sie ist aber auch gar nicht nötig. Man kann ohne sie recht gut feststellen, daß die Arbeitslöhne in den letzten Jahren stetig gestiegen haben. Darüber gehen nicht nur die Erhebungen privater wirtschaftlicher Vereinigungen für die betreffenden einzelnen Gewerkschaften Auskunft, auch aus amtlichen Statistiken lassen sich Schlüsse allgemeiner Natur nach dieser Richtung ziehen. So befehlen uns über diese Erscheinung die jährlichen Rechnungsergebnisse der Berufsge nossen-Gruppen für die der Unfallversicherung unterliegenden Gewerbe-Gruppen. Die in diesen enthaltenen Lohnnachweisungsberichte stellen zwar die wirklich gezahlten Löhne nicht dar, da sie aber in jedem Jahre nach denselben Grundlagen berechnet werden, so geben sie eine durchaus zutreffende Unterlage für einen Vergleich der Lohnsteigerungen von Jahr zu Jahr. Einen ähnlichen Nachweis für eine entsprechende Schätzung der auf dem Gebiete sich abspielenden Vorgänge liefern die Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften, in denen die durchschnittliche Höhe des nach dem Verdienst der Versicherten berechneten und gezahlten Wochenbeitrages Jahr für Jahr festgelegt wird. Hier zeigt sich ganz deutlich die stetige Steigerung der Lohnsätze. Im ersten Jahre der Geltung der Unfallversicherung, im Jahre 1891, betrug die durchschnittliche Höhe auf 20.81 Pfennige, sie stieg 1892 auf 20.86, 1893 auf 20.97, 1894 auf 20.99, 1895 auf 21.04, 1896 auf 21.17, 1897 auf 21.33 und 1898 auf 21.55 Pfennige. Man ersieht hieraus, daß die Steigerung Jahr für Jahr angeht. Es ist hiernach ganz zweifellos, daß das Einkommen der deutschen Arbeiterschaft sich in den letzten Jahrzehnten stetig erhöht hat, und die kommenden Zahlen werden den Beweis erbringen, daß diese Lohnbewegung immer noch andauert.

Wir erlauben uns diesen offiziellen Schönfärbereien gegenüber, die mit einer geringfügigen Lohnsteigerung von vier- und fünfzig Pfennigen nach neun Jahren zu imponieren suchen, zwei Fragen: In welchem Maßstabe sind in demselben Zeitschnitt die Preise für Lebensmittel und die Wohnungsmieten gestiegen? Um wie viel sind andererseits die Dividenden der großindustriellen Unternehmungen emporgeschritten, sowie die Löhne der Direktoren und Verwaltungsräte?

Au die Gewerkschafts-Vorsitzenden Breslaus.

Das Bürgerliche Gesetzbuch, das am 1. Januar d. J. in Kraft trat, enthält neben vielen anderen wichtigen Neuerungen auch solche, die dem gewerblichen Arbeitsvertrag betreffen. Um die Gewerkschaftsmitglieder mit den eingetretenen Veränderungen bekannt zu machen, empfiehlt es sich, in öffentlichen oder Mitglieder-Versammlungen über das Thema:

Der Arbeitsvertrag nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch

Vorträge zu halten. Auch die zur Zeit dem Reichstage zur Beratung vorliegende Novelle zum Unfallversicherungsgesetz hat ein so allgemeines Interesse, daß eingehende Besprechungen in den Gewerkschaften nur zu empfehlen sind. Wegen Feststellung von Referenten wollen sich die Vorsitzenden an den Unterzeichneten wenden.

Ferner werden die Vorsitzenden dringend ersucht, von jedem Wechsel im Vorstande der hiesigen Zahlstellen, sowie der Kartell-Delegierten umgehend dem Unterzeichneten Mitteilung zu machen und Ort- und Zunamen und Wohnung der Gewählten genau anzugeben.

Einige Zahlstellen haben bis heute ein Exemplar ihrer Forderungen dem Arbeiter-Sekretariat Breslau noch nicht überwiehen. Wir bitten die in Frage kommenden Vorsitzenden, die Ueberweisung möglichst bald veranlassen zu wollen.

Der Vorstand des Gewerkschaftskartells.
J. K.: Emil Kautzsch, Messergasse 18/19.

Neueste Nachrichten.

Die gestrige Stadtverordneten-Stichwahl im 44. Berliner Wahlbezirk, dritte Abtheilung, ergab die Wahl des sozialdemokratischen Kandidaten Glode. Zur lex Heinze. Sämmtliche Münchener Künstler, Dichter, Gelehrte und viele Professoren der Universität, gründeten eine Schutz- und Trutzliga, welche durch Massenversammlungen in ganz Deutschland der Reichsregierung klar machen will, daß durch Gesetze nach Art der lex Heinze die Grundlagen deutscher Kunst und Wissenschaft untergraben und diese dem Verfall gegenüber blamirt werden. Nach Erlass des Gesetzes sollen bei etwaigen Anklagen und Denunziationen Künstler und Gelehrte, an ihrer Spitze Heyse, Halbe, Konrad, Venbach, Stud, Uhde, Kaulbach und Thoma, sowie Professoren der Universität als Sachverständige figuriren. Zum österröischen Bergarbeiterstreik melden bürgerliche Blätter: Heute Sonnabend Nachmittag findet in Währich-Ditrau eine wichtige Beratung von Vertrauensmännern sämtlicher Arbeiterparteien des Ostrar-Karwiner Kohlenreviers statt. Man glaubt, daß die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen werde. Der französische Dampfer „Cubier“ liegt im englischen Kanal mit einem unbekannt gebliebenen englischen Dampfer zusammen. Derselbe setzte seine Fahrt fort, ohne sich um das Schicksal der Mannschaft des „Cubier“ zu kümmern. Der Kapitän des „Cubier“ und 87 Mann der Besatzung sind ertrunken.

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 7. März
Heiraths-Ankündigungen. IV. Kaufmann Daniel Hoffmann, altluth., Paulstraße 12, und Ernestine Zimmermann, ev., Größchenstraße 89.
Eheschließungen. IV. Bäckermeister Paul Bürger, ev., Matthiasstraße 142, mit Marie Seiser, evang., Kaiser Wilhelmstraße 67.
Geburten. I. Straßenbahnkutscher Paul Weiß, kath., S. Schuhmachermeister August Hoffmann, kath., L. Fleischer Gustav Nowak, evang., L. Fabrikant Heinrich Schwarz, ev., L. Kärner Gottlieb Kiehmeyer, ev., L. Arbeiter Paul Gänther, evang., L. Stellmacher Hermann Geiling, evang., L. III. Müller Otto Neumann, ev., S. u. L. Bäcker Robert Hoffmann, evang., S. Schuhmacher Josef Klar, kath., L. Haus-hälter Paul Marisch, ev., L. Dienstmann Franz Grijib, kath., L. Böttcher Paul Donow, ev., S. Arbeiter Fritz Heilmann, ev., L. Kutscher Hermann Kutsche, ev., L. Schlosser Ludwig Schneider, ev., S. Schmied Karl Schaubert, ev., S. Haus-

biener Gottlieb Neugebauer, ev., L. — IV. Böttcher Heinrich Frenzel, kath., S. — Tischlermeister Emil Ringe, ev., L. — Konditoreibesitzer Eugen Stromenger, kath., L. — Fleischermeister Sally Altman, jüd., S.
Todesfälle. I. Näherin Martha Vastain, 23 J. — Haushälterin Johanna Unger, geb. Nowak, 76 J. — Arbeiterwitwe Elisabeth Karbe, geb. Peuker, 77 J. — Arbeiterwitwe Marie Wollast, geb. Monarzel, 38 J. — Baumweidenbesitzer Ernst Honisch, 30 J. — Handlungsgehilfe Reinhold Domann, 24 J. — Arbeiterin Ottilie Weiß, 58 J. — Heinrich, S. des Bäckermeisters Heinrich Sternitzke, 5 Mon.

Vom 9. März.

Heiraths-Ankündigungen. I. Muster August Rosenbahl, ev., Mänzigstraße 8, und Klara Siegmund, ev., Berlin. — Bahn-Arbeiter Karl Zilner, kath., Schweitzerstraße 6, und Anna Mai, kath., daselbst. — Arbeiter Joseph Schmidt, kath., Kurze Gasse Nr. 21, 22, und Hedwig Thomas, kath., daselbst. — Schneider Wilhelm Bangner, ev., Hinterhäuser 17, und Anna Rother, ev., Al. Großengasse 9. — Arbeiter Augustin Schubert, kath., Kurze Gasse 48, und Anna Neugebauer, ev., Adersienstraße 40. — Schiffer Karl Kluge, kath., Kurze Gasse 23, und Anna Mide, kath., daselbst. — Arbeiter Paul Ranvog, ev., Neue Alchstraße 6, und Elisabeth Simon, ev., daselbst. — Aufschneider Robert Grode, ev., Altschiffers Gasse 37, und Martha Diebler, kath., Poststraße 7. — Maurer Karl Scholz, ev., Friedrich-Wilhelmstraße 13, und Emma Nagel, ev., Nikolaplatz 1. — Schlosser August Buntal, ev., Posenerstraße Nr. 33, und Johanna Schreiber, ev., Kurze Gasse 8. — Klempner Robert Hindemith, ev., Friedrich-Carlstraße 29, und Emma Schmolle, ev., Schepnerstraße 23. — Tischler Rudolph Ottawa, kath., Adersienstraße 33, und Johanna Rabus, ev., daselbst. — Schlosser Richard Sniebel, ev., Neue Weltgasse 7, und Emma Seidemann, ev., Köpferkam 14.15. — Steuermann Albert Gabisch, kath., Weißgerbergasse 41, und Marianne Belner, kath., Kaiser Wilhelmstraße Nr. 60. — Geschäftsgehilfe August Roder, ev., Bahnhofsstraße 26, und Emma Goresky, ev., Mänzigstraße 5. — IV. Ausschanker Karl Kamolz, ev., Neumarkt 6, und Anna Knobloch, ev., Brandenburgerstraße 50. — Ritzmacher August Laske, ev., Ruppertschmiedstraße Nr. 21, und Marie Knauerhale, ev., Brandenburgerstraße 48. — Postbote Hermanna Jentner, ev., Magdalenenplatz 1, und Martha Lud, ev., Sonnenstraße 29.

Geburten. I. Gas-Arbeiter Max Gittinger, kath., S. — Maurer Karl Hoffmann, kath., S. — Marzial-Kutscher August Pietzsch, kath., L. — Lokomotivheizer Alfred Kuraz, ev., L. — Haushälter Karl Wuttke, ev., L. — Altmooarenhändler Arnold Moszkiewicz, jüd., S. — Kärner Wilhelm Fiedler, ev., L. II. Arbeiter Oskar Hoffmann, ev., L. — Schuhmacher Richard Neumann, kath., L. — Haushälter Wilhelm Wiesner, ev., L. — Buchhalter Ernst Gebauer, ev., S. — Schlosser Hugo Haase, ev., S. — Ladrer Max Helbing, ev., S. — Tischler Wilhelm Pulst, ev., L. — Haushälter August Weider, ev., S. — Kutscher Fritz Wöl, ev., L. — IV. Komptoirbedienter Gustav Nerode, ev., L. — Buchdrucker Gustav Guttwein, ev., L. — Haushälter Franz Doktor, kath., S. — Lokomotivheizer Gustav Adolf, ev., L. — Fleischer Julius Scharte, kath., S.

Todesfälle. I. Knechtwitwe Juliane Senftleben, geb. John, 70 J. — Gesch. Photographenfrau Emilie Brandl, geb. Heeder, 86 J. — Arbeiter Gustav Schröder, 40 J. — Stellensetzer Christoph Siller, 74 J., Neudorf, Kr. Neumarkt. — Erich, S. des Haushälters Max Wainand, 6 M. — Kaufmann August Glatsche, 63 J. — Schmidt Alexander Gijlla, 37 J. — Margarethe, L. des verstorb. Gastwirths Anton Kiehmeyer, 13 J., Deis. — Erich, S. des Schlossers Paul Gänzel, 13 J. — Kaufmannswitwe Johanna Schweitzer, geb. Gahn, 78 J. — II. Arbeiterwitwe Sofianne Mitsche, geb. Neumann, 67 J. — Fräul. Handelsmann Stefanied Majack, 64 J. — Sapper, S. des Arbeiters Anton Kaufsch, 3 J. — III. Wilhelmine Eckert, ohne Beruf, 58 J. — Helene, L. des Formers Robert Krause, 1 J. — Alfred, S. des Wäfers Otto Wieduch, 2 Mon. — Elise, L. des Arbeiters Karl Schmidt, 13 J. — Emma, L. des Tischlers Paul Bengler, 3 J. — Heinrich, S. des Arbeiters Ernst Finster, 5 Mon. — Näherin Martha Goldmann, 81 J. — Paul, S. des Ladrers Max Helbing, 1 J. — Arbeiterwitwe Wilhelmine Grahoff, geb. Räder, 72 J. — Friede, L. des Tischlers Hugo Kuska, 1 J. — IV. Richard, S. des Hilfs-Weichenstellers Karl Gemlich, 2 Mon. — Kaufmannswitwe Friederike Kold, geb. Traumann, 77 J. — Polischulrektorswitwe Amalie Bruchmann, geb. Vogel, 71 J. — Näherin Hedwig Jorntz, 25 Jahr.

Wasserstands-Nachrichten.

Wasserstand	Barometer	Temperatur	Wind	Relleive	Weg	Weg	Weg	Breslau	Weg	Weg		
10. s.	1.01	0.08	2.00	3.22	2.27	4.78	2.66	2.00	1.93	5.18	0.13	2.28
9. s.	1.02	0.33	2.00	3.60	2.25	4.80	2.60	2.12	2.07	5.24	0.40	2.78
Wittel	1.02	0.77	2.01	3.56	4.89	4.11	4.68	2.51	1.52	1.97	1.94	0.44

* Ausbreitungshöhe für Sonntag 8.30, für Dresden (Ober-Oste-Weidberg) 3.22.

Stadt-Theater.
Sonabend, Nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Egmont“.
Abends 7 1/4 Uhr:
„Mignon“.
Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Boccaccio“.
Abends 7 1/4 Uhr:
Gastspiel des Herrn
Leopold Demuth.
Das Nachtlager von Granada.
Hierauf:
„Sajost“.

Lobe-Theater.
Sonabend:
„Die Puppe“.
Sonntag Nachmittags 3 1/2 Uhr:
„Der Eugenios“.
Abends 7 1/4 Uhr:
„Die Puppe“.

Thalia-Theater.
Sonntag:
„Boksprünge“.
Heft 1.
Das Arbeiterrecht
Rechte und Pflichten des Arbeiters in Deutschland aus dem gewerblichen Arbeitsvertrage, dem Unfall-, Kranken-, Invaliden- und Altersversicherung unter besonderer Berücksichtigung des bürgerlichen Gesetzbuches. Mit vielen Beispielen und Formulare für Klagen, Anträge, Beschwerden, Verfügungen u. s. w. Erläutert von Arthur Stadthagen. Komplet in 22 Heften à 25 Pfennige.
beziehen durch unsere Expedition.

Zeltgarten.
Letzter Monat der Winter-Theater- u. Spezialitäten-Saison. Das Beste zuletzt:
8 Spezialitäten-Schlager
Gastspiel v. Md. Leonore
Unerklär! Geheimnis!
Abendlich ausverkauft!
Venus auf Erden“.
Im Tunnel:
Erbenvererb! Originell!
Im Lager der Buren.
Künstliche Zähne.
Auf Theilzahlung pro Woche 1 M
Blomben, Zahnziehen etc.
W. Dreger, gegenüber Oberthorw
auf Pfänder im Leibamt
Friedrich-Wilhelmstr. 40e,
am Strieganer Platz.
Eleganter Regulator
(Schlagwerk) neu, billig zu verkauf.
Bätlinerstraße 25, II. Etz. [264
I. Etz. Dwan 36 III. I. Cappe 12 III.
zu verk. Ottestr. 32 b. Tapezierer.
260.

Öffentliche Versammlung
am Sonntag, den 11. März, Nachmittags 5 Uhr
im Kostrowsky'schen Saale, Vohstraße 75:
Die lex Heinze und die Sozialdemokratie.
Referent: Genosse Franz Klöhs.
Diskussion.
Zahlreiches Erscheinen erwartet.
Der Einberufer.

Gesellschaft für ethische Kultur.
Montag, den 12. März 1900. Abends 8 1/2 Uhr:
in Liebich's Festsaal (Gartenstraße) 261
Öffentlicher Vortrag
des Herrn Rechtsanwält Marcuse:
Der soziale Werth des Bürgerl. Gesetzbuchs.
Eintritt frei. Der Vorstand.

Ortstrantenkasse der Klempner zu Breslau.
sonntag, den 18. März 1900, Vormittags Punkt 11 Uhr
im Pariser Garten (Weidenstraße)
Ordentliche General-Versammlung.
Tages-Ordnung:
I. Abnahme der Jahresrechnung pro 1899. Entlastung des Vorstandes und Mandanten.
II. Antrag der Arbeitnehmer: Menderung des § 12. Errichtung einer 5. Mitgliederklasse.
III. Antrag der Arbeitgeber: Menderung des § 31 Abs. 2 des Statuts.
IV. Ergänzungswahl von 2 Vorstandsmitgliedern. (Arbeitnehmer).
V. Erziehungsbem. Der Vorstand.

Achtung! Brieg. Achtung!
Den Freunden und Genossen empfehle ich mich zur Anfertigung **Die Rechte und Pflichten des Miethers**
nach dem neuen Bürgerl. Gesetzbuch
Kommentar gegen Miethersrecht von Rich. Lipsitz.
Preis pro Exempl. 20 Pfennige.
Die Broschüre ist sachkundig auf Grund der Motive und der Denkschrift zum Bürgerl. Gesetzbuch bearbeitet und ist ein sicherer Führer durch das Miethersrecht Durch unsere Expedition zu beziehen.

Socialdemokratisches Liederbuch
von **Max Kegel.**
Preis 40 Pfg.
Frauenfrage und Socialdemokratie
Lily Braun-Gizyoki.
Preis 20 Pfg.

Nur noch 9 1/2 Mark
Seine 12 bis 20 Hefen, tollm meine neuem-amerikanischen Gitarre-Zithern „Columbia“, ca. 52 cm. lang mit 6 Accorden, 5 Saiten, 41 Saiten u. sämtlichem Zubehör in ganz herrlicher schöner Ausführung. Diese Instrumente haben fast den gleichen Ton der bekannten Concert- oder Schallplatten-Instrumente, aber den großen Vorzug, leicht zu werden und zu spielen. Harzenthaltend wie Abbildung mit Schale aus Harz, außerordentlich leichtes Instrument, 12 1/2 Hefen 80 Hefen, Bestand gegen Nachnahme, 4 Wochen zur Probe. Katalog samt Aufnahmegeräte gratis u. franko.
Horten & Co., Musikinstrumentenfabrik, Neumarkt, 28-31.
Etwas kleinere Columbia-Zithern, auch mit 4 Saiten u. Accorden kosten keine 7 1/2, sondern bloß 7 Mark. In Rombeiner legen wir jeder Buch gratis bei. Garantie: Unbrauchbar oder Geld zurück, wenn solche nicht gut ausfallen.

